

Erleichterung der Stimmabgabe im Kosovo



Das OSZE-Magazin, das auch online verfügbar ist, wird von der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Englisch und Russisch herausgegeben. Die in den Artikeln vertretenen Ansichten geben die Meinung der Verfasser und nicht notwendigerweise den offiziellen Standpunkt der OSZE und ihrer Teilnehmerstaaten wieder.

Redaktion: Ursula Froese

Gestaltung: Nona Reuter

Druck: Imprimerie Centrale

Kommentare und Beiträge richten Sie bitte an:
oscemagazine@osce.org

Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

OSZE-Sekretariat

Wallnerstraße 6

A-1010 Wien (Österreich)

Tel.: (+43-1) 514 36-6267

Fax: (+43-1) 514 36-6105

OSZE-Vorsitz 2012: Irland

OSZE-Organ und -Institutionen

Ständiger Rat (Wien)

Forum für Sicherheitskooperation (Wien)

Sekretariat (Wien)

OSZE-Bbeauftragter für Medienfreiheit (Wien)

OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (Warschau)

Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten (Den Haag)

Parlamentarische Versammlung der OSZE (Kopenhagen)

Feldoperationen

Südkaucasus

OSZE-Büro in Baku

OSZE-Büro in Eriwan

Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst

Zentralasien

OSZE-Zentrum in Aschgabat

OSZE-Zentrum in Astana

OSZE-Zentrum in Bischkek

OSZE-Büro in Tadschikistan

OSZE-Projekt Koordinator in Usbekistan

Osteuropa

OSZE-Mission in Moldau

OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine

Südosteuropa

OSZE-Präsenz in Albanien

OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina

OSZE-Mission im Kosovo

OSZE-Mission in Montenegro

OSZE-Mission in Serbien

OSZE-Mission in Skopje

Aus dem Inhalt

- 3 Mission Possible**
Die OSZE erleichtert die Stimmabgabe im Kosovo
Edita Buçaj
- 6 Damit wir alle in dieselbe Richtung rudern**
Interview mit Erwin Fouéré, dem Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für den Prozess zur Regelung der Transnistrien-Frage
Sonya Yee

VERANTWORTUNGSVOLLE REGIERUNGSFÜHRUNG IM WIRTSCHAFTSBEREICH

- 10 Korruption – Schutz für die Aufdecker**
Sarah Crozier
- 11 Neue Wege zur Beschlagnahme von Erträgen aus Straftaten – das irische Criminal Assets Bureau**
- 12 Kampf der Geldwäsche**
- 14 Ein Master-Studiengang in Economic Governance an der OSZE-Akademie**
Svetlana Levina

DIGITALE MEDIENFREIHEIT

- 16 Die Menschenrechte in den „virtuellen Einkaufszentren“**
Brett Solomon
- 19 Regulierung des Internets – ein aussichtsloses Unterfangen**
Mike Stone
- 20 Drei Jahre zentralasiatisches Internet Development Forum**
- 22 Internationale Partnerschaft im Feld – einige Beispiele mit Vorbildcharakter**
Gudrun van Pottersburgh
- 24 Das neue mehrsprachige Universitätsdepartment in Bujanovac – die Lösung des Sprachendilemmas**
Michelle Pirota
- 27 Die Innenrevision – ein kritischer Freund**
Fragen und Antworten mit Paul Manning
- 29 Umweltsünder vor Gericht!**
Ursula Froese
- 30 Neubestellungen**

Auf dem Titel: Ein Team der OSZE-Mission im Kosovo transportiert vor dem Wahltag sensibles Wahlmaterial für den ersten Durchgang der serbischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen an einen sicheren Ort, Mitrovicé/Mitrovica, 4. Mai 2012. (OSZE/Helen Jakobs)



OSZE/MAGAZIN SOPA

Mission Possible! Die OSZE erleichtert die Stimmabgabe im Kosovo

von Edita Bučaj

„GLAUBST DU WIRKLICH, WIR SCHAFFEN DAS?“
„WIR TUN ES EINFACH.“

Im ganzen Schulgebäude in Donja Gušterica/ Gushtericë e Ulët, einem mitten im Kosovo gelegenen Dorf, roch es an diesem 6. Mai nach der frischen Druckerschwärze der OSZE-Plakate mit den Informationen für die Wähler. Menschen aller Altersstufen suchten auf dem Plakat ihr Wahllokal, stellten sich geduldig an und gaben dann ihre Stimme ab.

Keine fünf Tage war es her, seit die OSZE nach einer Vereinbarung zwischen allen maßgeblichen lokalen und internationalen Akteuren den Auftrag erhalten hatte, für die Erleichterung der Stimmabgabe für die über 109 000 Wahlberechtigten bei den Präsidenten- und Parlamentswahlen zu sorgen.

„Unsere Aufgabe drehte sich um ein ganz einfaches, aber wichtiges Konzept und demokratisches Grundrecht. Mit unserer Aktion sollten wir den

Wahlberechtigten im Kosovo die Stimmabgabe bei den serbischen Präsidenten- und Parlamentswahlen ermöglichen – nicht mehr und nicht weniger,“ erläutert Botschafter Werner Almhofer, der Leiter der OSZE-Mission im Kosovo, der den Einsatz leitete.

Der Vereinbarung waren zahlreiche Konsultationen vorausgegangen, die der Amtierende Vorsitzende Eamon Gilmore und Stellvertretende Premierminister Irlands und Generalsekretär Lamberto Zannier persönlich führten und zu denen sie auch mehrmals in die Region reisten, ehe man sich auf eine gemeinsame Grundlage für einen wahlberechtigteren Einsatz der OSZE einigte – ein seltener Fall von Einmütigkeit der verschiedenen Akteure, zu denen die OSZE-Mission im Kosovo durch ihre Programme und Aktivitäten jahrelang Vertrauen aufgebaut hatte.

Die OSZE-Mission im Kosovo brütet über der Logistik für den Einsatz zur Wahlerleichterung. Zweiter von links: der Leiter der Mission, Botschafter Werner Almhofer. (OSZE/Edon Muhaxheri)



Wahlberechtigte im Dorf Laplje Selo, einer serbischen Enklave in der Gemeinde Gračanica/ Gračanice unweit von Prishtinë/ Prishtina, beim Betreten des von der OSZE organisierten Wahllokals, wo sie ihre Stimme im ersten Durchgang der serbischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen abgeben, 6. Mai 2012.

OSZEBEODIN MUHAMMEDI

Die Vereinbarung wurde von den Institutionen in Belgrad und Prishtinë/Prishtina, der Europäischen Union, den Vereinten Nationen, der NATO und ausländischen Regierungen gleichermaßen begrüßt, die auch die Rolle der OSZE würdigten.

Eine Operation, die unter normalen Umständen monatelanger Vorbereitungen bedurft hätte, musste in Rekordtempo durchgezogen werden – eine Herausforderung, die nicht nur eine gemeinsame Anstrengung der gesamten OSZE-Mission im Kosovo erforderte, sondern für den man auch auf die Ressourcen der OSZE-Feldoperationen in ganz Südosteuropa zurückgreifen musste.

Unter den logistischen Herausforderungen seien der sichere Transport des gesamten Wahlmaterials wie Wählerlisten, Stimmzettel, Wahlurnen und Eingabeprotokolle erwähnt, sowie die Durchführung einer Wählerinformationskampagne, der Aufbau und die personelle Besetzung von 90 Wahllokals im ganzen Kosovo und die anschließende Übergabe des gesamten Wahlmaterials an die Hauptwahlbehörde der Republik Serbien, die dann in Raška und Vranje die Stimmen auszählen sollte – ohne OSZE-Beteiligung.

Rund um die Uhr und bis spät in die Nacht fanden nun Sitzungen und Konferenzgespräche mit der OSZE-Zentrale in Wien statt, in deren Zuge die Pläne zusehends Gestalt annahmen und die Operation schließlich in Rekordzeit anlief.

„Es war wirklich beeindruckend, wie viel Engagement, harte Arbeit und Einsatz aus allen OSZE-Missionen der Nachbarländer auf dem Balkan kam. Wir hatten nur fünf Tage Zeit, um über 500 Mitarbeiter einzustellen, sie zuzuteilen und einzuschulen, LKW und Busse anzumieten, Konvois zusammenzustellen, Hotelzimmer zu reservieren und alle anderen erforderlichen Vorkehrungen zu

treffen– wobei erschwerend hinzukam, dass der erste Tag des Unternehmens auf den Ersten Mai, einen wichtigen offiziellen Feiertag, fiel.“ erinnert sich Jon Brown, Leiter für Verwaltung und Finanzen der Mission im Kosovo.

In weniger als 24 Stunden wurde eine Wählerinformationskampagne auf die Beine gestellt, für die unter anderem 112 verschiedene Plakate und 22 verschiedene Flugblätter hergestellt und flächendeckend über den ganzen Kosovo verteilt werden mussten. Über Nacht wurde ein TV-Spot produziert, der am nächsten Morgen auf fünf verschiedenen Kanälen auf Sendung ging.

Die Mission und ihre Außenstellen glichen mittlerweile einem menschlichen Ameisenhaufen. Während OSZE-Teams in der Durchführung der Stimmabgabe unterwiesen wurden, waren andere draußen vor Ort mit der Verbreitung der Informationen und dem Aufbau der Wahllokale beschäftigt.

Am Wahltag selbst waren rund 500 Mitarbeiter vor Ort im Einsatz, unter ihnen Mitarbeiter der OSZE-Mission im Kosovo, 300 kurzfristig eingestellte Ortskräfte und 100 OSZE-Mitarbeiter aus anderen OSZE-Feldoperationen in Südosteuropa und dem OSZE-Sekretariat.

Für Botschafter Fletcher M. Burton, den Leiter der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina, die die Operation unterstützte, waren „zwei wesentliche Gründe für den Erfolg des Unternehmens verantwortlich: Erstens stimmte das Konzept – die OSZE half, eine Vereinbarung herbeizuführen, die breite politische Unterstützung hatte, – und zweitens war die Durchführung mustergültig“.

Der Wahltag verlief ordnungsgemäß und friedlich, kein einziger Zwischenfall war zu berichten – bis auf die kleine Verspätung, mit der einige Wahllokale öffneten, um 8.15 Uhr statt um 7 Uhr.

„Ich beglückwünsche alle Parteien zu ihrer

Der Leiter der OSZE-Mission im Kosovo, Botschafter Werner Almhofer (Zweiter von links) besucht in Begleitung des Missionssprechers Nikola Gaon (links) ein von der OSZE geführtes Wahlerleichterungszentrum in Gracanica/Graçanicë.



OSZEBESUCHT ORUICI

Zurückhaltung, der eine friedliche Abwicklung der von der OSZE ermöglichten Stimmabgabe zu verdanken ist“, stellte OSZE-Generalsekretär Lamberto Zannier in einer Erklärung zum friedlichen Abschluss der Operation fest.

Wie geplant wurden am Montag, dem 7. Mai, in den frühen Morgenstunden die versiegelten Wahlurnen der Hauptwahlbehörde der Republik Serbien übergeben.

Im Laufe des Vormittags traten die Mitarbeiter der Mission wie gewohnt ihren Dienst an. „Ich bin bereit für die nächste Wahl“, sagte der Stellvertretende Missionsleiter Edward Joseph beim Betreten des Hauptquartiers der Mission.

Zwei Tage später bestätigte die Hauptwahlbehörde der Republik Serbien den Termin für die Stichwahl für das Präsidentenamt am 20. Mai.

Beim zweiten Durchgang wollte man es noch besser machen – die gewonnenen Erfahrungen umsetzen und wo nötig nachjustieren. Die Stichwahl verlief sogar noch reibungsloser als der erste Wahlgang: Diesmal öffneten alle Wahllokale im Kosovo pünktlich, die Stimmabgabe erfolgte geordnet, es wurden keine Zwischenfälle gemeldet

und bereits kurz nach Mitternacht waren die Wahlzentren geschlossen und das Wahlmaterial verpackt und auf dem Weg aus dem Kosovo.

In den frühen Morgenstunden des 21. Mai trafen die OSZE-Konvois mit den Stimmzetteln bei der Wahlbehörde der Republik Serbien in Raška und Vranje ein – ein anspruchsvoller Einsatz war zu Ende.

In einer Erklärung, die der Amtierende Vorsitzende nach Schließen der Wahllokale abgab, begrüßte er den friedlichen und ordnungsgemäßen Verlauf des zweiten Durchgangs der serbischen Präsidentenwahl im Kosovo am 20. Mai. Zur Rolle der OSZE in diesem Prozess vermerkte er anerkennend: „Die OSZE hat erneut ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, mit den Herausforderungen zu wachsen, alle maßgeblichen Akteure ins Boot zu holen und einen sehr anspruchsvollen Einsatz in kürzester Zeit erfolgreich durchzuführen“.

Edita Bučaj ist Stellvertretende Sprecherin der OSZE-Mission im Kosovo.

Der erste Durchgang in Zahlen

- 200 OSZE-Mitarbeiter und 300 vor Ort eingestellte Kurzeitmitarbeiter bereitgestellt und in Teams eingeteilt
- Unterstützung durch 100 Mitarbeiter aus fünf OSZE-Feldoperationen in Südosteuropa und dem OSZE-Sekretariat in Wien
- 28 Wahlzentren und 90 Wahllokale an 17 verschiedenen geografischen Orten eröffnet – die richtigen Menschen, am richtigen Ort, zur richtigen Zeit, mit dem richtigen Material
- ein 200 Fahrzeuge starker Fuhrpark bestehend aus LKW, Bussen, Minibussen und SUV zu elf Konvois mit Polizeieskorte zusammengestellt – 6700 Kilometer zurückgelegt
- vier mobile Tankstationen
- 110 Hotelzimmer für die im ganzen Kosovo eingesetzten Mitarbeiter
- Mobiltelefone, SIM-Karten, Handfunkgeräte und Arbeitsplätze mit Drahtlosnetzwerk für rund 100 Mitarbeiter
- fünf TV-Kanäle senden drei Tage lang zehnmal pro Tag TV-Spots
- 6700 Plakate mit Wählerinformationen im gesamten Kosovo verteilt



INTERVIEW MIT BOTSCHAFTER ERWAN FOUÉRE, SONDERBEAUFTRAGTER
DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN FÜR DEN PROZESS ZUR REGELUNG
DER TRANSNISTRIEN-FRAGE

Der Bahnhof Chişinău in der moldauischen Hauptstadt ist Ausgangspunkt der im Oktober 2010 wiederhergestellten 180 km langen Strecke für den Personenverkehr, die über die transnistrische Region nach Odessa führt. (OSZE/Jonathan Perfect)

Damit wir alle in dieselbe Richtung rudern

Der Transnistrien-Konflikt geht auf das Jahr 1990 zurück, als die Separatisten ihre Unabhängigkeit von Moldau erklärten. Nach einer bewaffneten Auseinandersetzung, die Hunderte Todesopfer forderte, kam im Juli 1992 eine Waffenstillstandsvereinbarung zustande, in der sich die Parteien zu einer Lösung auf dem Verhandlungsweg verpflichteten. Seit 1993 unterstützen die OSZE und ihre Mission in Moldau die Bemühungen, im Rahmen eines Prozesses mit der offiziellen Bezeichnung „Ständige Konferenz über politische Fragen im Rahmen des Verhandlungsprozesses über eine Regelung für Transnistrien“ eine umfassende, dauerhafte und friedliche Lösung zu finden.

Die Gespräche zur Beilegung der Transnistrien-Frage finden im Format „5+2“ statt, das Vertreter beider Seiten, Vermittler und Beobachter des Verhandlungsprozesses umfasst – also Moldau, Transnistrien, die OSZE, die Russische Föderation, die Ukraine, die Vereinigten Staaten und die Europäische Union.

Die offiziellen 5+2-Verhandlungen wurden im Februar 2006 ausgesetzt und erst im November 2011 unter litauischem Vorsitz wieder aufgenommen. Seit Übernahme des OSZE-Vorsitzes durch Irland 2012 kam es zu zwei offiziellen Gesprächsrunden – im Februar in Dublin und im April in Wien.

Den Vorsitz bei den 5+2-Gesprächen hat in diesem Jahr Botschafter Erwan Fouéré inne, der Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden für den Prozess zur Regelung der Transnistrien-Frage. Er führte mit Sonya Yee, der OSZE-Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, das folgende Gespräch über die bisherigen Entwicklungen und seine Hoffnungen in Bezug auf den Beilegungsprozess.

Sonya Yee: Wie beurteilen Sie die Entwicklungen im Prozess zur Regelung der Transnistrien-Frage seit Antritt des irischen Vorsitzes?

Erwan Fouéré: Die Entwicklungen sind äußerst ermutigend. Wenn man sich die Entwicklungen vor Ort und im Rahmen des sogenannten 5+2-Prozesses ansieht, dann haben wir das aus meiner Sicht bislang höchste Niveau an Interaktion und positiver Dynamik seit Ausbruch des Konflikts vor rund 20 Jahren erreicht.

Ende Februar kamen wir in Dublin zum ersten Mal im Rahmen des 5+2-Prozesses unter irischem Vorsitz zusammen. Es war das erste Zusammentreffen der moldauischen Vertreter und der im Dezember 2011 neu gewählten transnistrischen Führung im Rahmen eines 5+2-Treffens. Im Anschluss an Dublin fanden in immer kürzeren Abständen weitere Treffen vor Ort zwischen den Behörden von Chişinău und Tiraspol statt. Die Chefunterhändler der

Botschafter Erwan Fouéré, Sonderbeauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Prozess zur Regelung der Transnistrien-Frage (Mitte), mit den politischen Vertretern von Moldau und Transnistrien, Eugen Carpov (links) und Nina Shtanski (rechts), bei den offiziellen 5+2-Gesprächen über die Transnistrienlösung in Dublin am 29. Februar 2012. (Chris Bellew/Fennells, © Außenministerium von Irland)



moldauischen und der transnistrischen Seite, Eugen Carpov und Nina Shtanski, kamen ebenso wie die Arbeitsgruppen für vertrauensbildende Maßnahmen und die Führungsebene mehrmals zusammen.

Diese Beschleunigung des Arbeitstempos hatte auch einige praktische Konsequenzen – und zwar äußerst positiver Art, wie die Wiederherstellung des Schienengüterverkehrs. Es müsste auch möglich sein, zusätzlich zu der im Oktober 2010 wiederhergestellten Strecke Chişinău-Odessa noch einige andere Strecken für den Personenverkehr in stand zu setzen, die noch bis vor wenigen Jahren in Betrieb waren. Das zeigt ja bereits, dass beide Seiten den politischen Willen haben, im Rahmen des Möglichen alles zu tun, um die Hindernisse für den freien Verkehr von Gütern, Personen, Dienstleistungen und Kapital zu beseitigen, was wirklich als gutes Zeichen zu werten ist.

Es ist wichtig, dass wir diese Dynamik nützen, um in den nächsten Wochen und Monaten möglichst große Fortschritte zu machen. Genau das hat der irische Vorsitz vor.

Wie entwickelt sich der 5+2-Prozess selbst?

Natürlich wirken sich die Ereignisse vor Ort auf den 5+2-Prozess aus. Während meines letzten Besuchs in der Region Anfang April konnte ich mir ein Bild von der Interaktion zwischen den beiden Seiten und dem Ausmaß an gutem Willen machen, das beschleunigte Arbeitstempo hat sich wirklich positiv auf den Prozess ausgewirkt. Beim letzten 5+2-Treffen in Wien einigten wir uns auf das, was man als Grundregeln für den Verhandlungsprozess bezeichnen könnte, legten einige grundlegenden Prinzipien und Verfahren fest und vereinbarten auch eine Tagesordnung für den offiziellen Verhandlungsprozess.

So lautete auch das Mandat für den 5+2-Prozess, das im vergangenen Jahr mit dem Beschluss zur Wiederaufnahme der offiziellen Gespräche erteilt wurde, das sollte erreicht werden. Dass wir diese Vorgaben schon in den ersten Monaten des Jahres 2012 erfüllt haben, gibt uns ziemlichen Auftrieb für die nächsten Monate. Unsere Sitzungen finden in einem Rhythmus statt, der den weiteren Verlauf des Prozesses beschleunigen wird.

Welche Rolle kommt dem OSZE-Vorsitz diesbezüglich zu?

Wir führen den Vorsitz im 5+2-Prozess. Wichtig ist, dass beide Seiten volles Vertrauen in die Rolle des Vermittlers haben, dass sie den Vermittler als jemanden wahrnehmen, der die besonderen Probleme beider Seiten versteht und den Prozess voranbringt, der Mittel und Wege zur Überwindung der Hindernisse finden hilft. In diesem Sinne geht der Vorsitz auch davon aus, dass die anderen Vermittler und die Beobachter – Russland, die Ukraine, die Europäische Union und die Vereinigten Staaten – bei diesem Prozess Hilfestellung leisten und dafür sorgen, dass wir alle in dieselbe Richtung rudern. Als Akteure des 5+2-Prozesses sitzen wir sozusagen in einem Boot, müssen weiterrudern und dafür sorgen, dass jeder sich mit demselben Einsatz an politischem Willen und Engagement ins Zeug legt, damit das Boot schließlich sein Ziel erreicht.

Seit Ausbruch des Konflikts sind rund zwei Jahrzehnte vergangen – wie realistisch ist die Hoffnung, das Endziel einer



Die auf dieser Landkarte verwendeten Ortsbezeichnungen und Grenzen bedeuten keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE.



5+2-Gespräche am 18. April 2012 in Wien. Zweiter von links: Eugen Carpov, Stellvertretender Premierminister und Chefverhandler Moldaus. (OSZE/Sonya Yee)

politischen Regelung zu erreichen?

Aus meiner Sicht ist sie sehr realistisch, denn je mehr man beiden Seiten die Vorteile einer Zusammenarbeit, den Nutzen gemeinsamer Projekte, des Aufbaus einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit und einer verstärkten Kooperation auf allen Ebenen vor Augen führen kann, desto schneller werden wir uns an die schwierigeren Aspekte einer endgültigen Lösung machen können.

Nordirland hat uns ebenso wie andere Prozesse gelehrt, dass die größte Herausforderung jedes Friedensprozesses nach einem Konflikt darin liegt, ein bestimmtes Ausmaß an Vertrauen und Sicherheit zu schaffen. Ich bin – besonders jetzt nach dem Dubliner Treffen – davon überzeugt, dass das aufgebaute Vertrauen heute größer ist als je zuvor. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass wir mit Hilfe dieser positiven Dynamik alle Aspekte des Beilegungsprozesses voranbringen. Wir dürfen nicht vergessen, dass das alles schließlich und endlich für die Bevölkerung, die Menschen geschieht, die beiderseits des Flusses Dnjestr/ Nistru leben. Je mehr wir die Vorteile dieser engen Interaktion deutlich machen können, desto besser!

Im April hat der Vorsitz eine Konferenz zum Thema Nordirland und die Erfahrung mit einer politischen Konfliktbeilegung auf friedlichem Wege als Fallstudie für Konfliktlösung im OSZE-Raum und andernorts abgehalten. Welche möglichen Einsichten ergeben sich daraus für den Transnistrien-Prozess?

Der Titel der Konferenz „Gemeinsame Zukunft“ sagt ja schon alles. Nur wenn wir uns zusammennutzen, um die Zukunft gemeinsam zu gestalten und die Versöhnung zu fördern, können wir eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse und größere politische Sicherheit

garantieren. Dadurch wird dann die Region für ausländische Investoren und Touristen attraktiver und kann sich besser entwickeln. Natürlich gleicht kein Konflikt dem anderen; es gibt kein Wunderheilmittel, das für alle Konflikte passt. Es gibt aber grundlegende Prinzipien, die vielen Postkonflikt-Friedensprozessen gemeinsam sind. So war ich zum Beispiel in Südafrika, als sich 1997 alle Parteien des Nordirland-Konflikts vor Ort ansehen wollten, was man aus dem Versöhnungsprozess in Südafrika lernen könnte. Interessanterweise kam dann im Jahr darauf das Nordirland-Abkommen, das sogenannte Karfreitags-Abkommen, zustande. Ich bin also durchaus davon überzeugt, dass man aus anderen Friedensprozessen nach einem Konflikt lernen kann.

Auch aus diesem Grund haben wir Ende Mai die beiden Chefunterhändler aus Chişinău und Tiraspol gemeinsam eingeladen, sich in Dublin und Belfast den nordirischen Friedensprozess anzusehen. Sie sollten gemeinsam erkennen, welche Vorteile diese „Gemeinsame Zukunft“ in unserem Sinne mit sich bringt und was sie für den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage bedeuten kann.

Diesen Lernprozess zu begünstigen – sehen Sie darin eine besondere Verantwortung für das OSZE-Vorsitzland Irland, das selbst über direkte Erfahrungen in der Konfliktbeilegung verfügt?

Natürlich. Wir können allerdings weder Handlungsrezepte verschreiben noch Lektionen erteilen, sondern haben einfach die Gelegenheit vorzuführen, was uns im nordirischen Friedensprozess gelungen ist – dass möglich war, was manche für unmöglich hielten, und dass man mit ausreichend Vertrauen und politischem Willen unüberwindbar scheinende Hindernisse bewältigen und zu Lösungen kommen kann, die wirklich Frieden, Wirtschaftswachstum und ein besseres Leben für

die Beteiligten bringen können. So viel zum Beispiel Nordirland. Natürlich sollten wir nicht vergessen, dass es sich beim Frieden um einen Prozess handelt, der mit der Unterzeichnung eines Abkommens erst beginnt, und dass im Falle des Transnistrien-Prozesses noch viel zu tun ist. Aber wir haben einen Rahmen geschaffen, und deshalb meinen wir, dass Nordirland für andere Friedensprozesse in Europa und darüber hinaus beispielgebend sein kann.

Sie unterstreichen das Vertrauen und den politischen Willen, die im Zusammenhang mit einer Konfliktlösung immer wieder genannt werden. Was bedeutet das Ihrer Meinung nach für die Praxis?

Damit ein Friedensprozess nach einem Konflikt gelingt, müssen drei wesentliche Dinge vorhanden sein. Zu allererst Vertrauen – Vertrauen zwischen allen Beteiligten, verbunden mit dem Wunsch, eine Lösung zu finden. Fehlt dieser Wunsch, hat das Ganze keinen Sinn. Wenn die führenden Politiker begriffen haben, dass das Erreichen einer dauerhaften Regelung wesentlich mehr bringt als die Fortsetzung einer Patt-Situation oder des Status quo, dann ist es die Aufgabe der politischen Führung, das deutlich zu machen. Und deshalb ist auch der politische Wille so wichtig: Es liegt an der Führung, die großen Vorteile aufzuzeigen, die eine Einigung mit sich bringen kann.

Wie steht es mit den sogenannten Track-II-Bemühungen? Was müssen die Menschen in der Region noch wissen oder tun – abgesehen davon, dass die führenden Politiker ihnen die Vorteile einer Lösung vor Augen führen?

Mit Sicherheit kommt solange kein erfolgreicher Friedensprozess zustande, als die Öffentlichkeit und die öffentliche Meinung nicht mit an Bord sind. Und das ist nichts, was man am Ende des Prozesses einfach hinzufügt. Dieser Prozess muss so transparent wie möglich verlaufen – das haben die vielen verschiedenen Friedensprozesse in der ganzen Welt gezeigt. Und die öffentliche Meinung muss möglichst früh ins Boot geholt werden. Das kann über eine offene Diskussion, über zivilgesellschaftliche Organisationen erfolgen. Bei beiden Besuchen, die ich vor Kurzem der Region abgestattet habe, war es mir wichtig, mit Vertretern der Zivilgesellschaft dies- und jenseits des Flusses zusammenzukommen, um ihnen die Vorteile vor Augen zu führen, die ein verstärkter Dialog an der Basis mit sich bringt.

Die OSZE-Mission in Moldau ist sozusagen Auge und Ohr der

Organisation vor Ort, sie hat eine entscheidende Funktion, die Diskussion auf allen Ebenen zu ermöglichen, eine verstärkte Interaktion zu fördern und auch mit den anderen vor Ort aktiven internationalen Akteuren zusammenzuarbeiten, wie zum Beispiel die Europäische Union, die über ein umfassendes Hilfsprogramm für die Region verfügt. Durch Zusammenarbeit lässt sich viel erreichen, indem man etwa dafür sorgt, dass Programme finanziert werden, die direkt auf den Beilegungsprozess ausgerichtet sind und diesen unterstützen. Auf lange Sicht wird das auch dazu beitragen, den Menschen beiderseits des Flusses die Vorteile einer Annäherung verständlich zu machen.

Was erhoffen Sie sich von der nächsten, auf Juli angesetzten, Gesprächsrunde – und vom irischen Vorsitz für dieses Jahr?

Zum ersten Teil der Frage: Wir wollen auf den bereits erreichten Fortschritten aufbauen, sowohl was das Vertrauen und die Sicherheit in Bezug auf den Prozess anbelangt, als auch, um in den Verhandlungen zur Sache zu kommen – ans Eingemachte sozusagen, worunter die wirtschaftlichen, sozialen und anderen Fragen zu verstehen sind, die mit einer endgültigen Regelung zusammenhängen, wie die institutionellen Aspekte und die Sicherheitsdimension. Wir erwarten uns da keine Riesensprünge, es geht bei diesem Prozess darum, einen Schritt vor den anderen zu setzen. Jeder Schritt ist ein weiterer Baustein, mit jedem weiteren Baustein wächst auch das Vertrauen und es wird leichter, sich mit den Fragen auseinanderzusetzen, die in der jetzigen Phase schwieriger zu sein scheinen.

Diesen Ansatz werden wir in den verbleibenden Monaten des irischen Vorsitzes verfolgen. Ich habe dabei die Hoffnung, dass wir am Ende des irischen Vorsitzes so weit gediehen sein werden, dass Fortschritte nicht mehr rückgängig zu machen sind. Ich möchte die nächsten Schritte nicht vorwegnehmen, doch sind wir bestrebt, möglichst viele Treffen auf allen Ebenen und natürlich die formellen 5+2-Treffen abzuhalten. So wird Ende Juni in Bayern eine Folgekonferenz zu umfassenderen vertrauensbildenden Maßnahmen stattfinden, gefolgt vom nächsten 5+2-Treffen im Juli in Wien.

Wir hoffen, dass es uns gelingt, mit dem derzeit vorhandenen politischen Willen wesentliche Fortschritte zu erzielen, getragen vom eindeutigen, sowohl in Dublin als auch in Wien erkennbaren Wunsch beider Seiten, möglichst weit zu kommen.

Botschafter Erwan Fouéré, Sonderbeauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Prozess zur Regelung der Transnistrien-Frage bei seiner Ankunft am Bahnhof in Tiraspol am 3. April 2012. (OSZE/Igor Schimbător)



Korruption – Schutz für die Aufdecker

von Sarah Crozier



Teilnehmer an der Podiumsdiskussion auf dem zweiten Vorbereitungstreffen des 20. Wirtschafts- und Umweltforums der OSZE in Dublin, 23. April 2012. (OSZE/Sarah Crozier)

Sie halten sich für einen ehrlichen Menschen. Sie leisten gute Arbeit und sind Ihrem Arbeitgeber gegenüber loyal. Eines Tages stellen Sie fest, dass einer Ihrer Kollegen – vielleicht Ihr Chef – Ihre ethische Einstellung nicht teilt und beträchtliche Geldbeträge in die eigene Tasche abzweigt. Was tun?

Die Antwort darauf hängt wahrscheinlich nicht nur von Ihrem Pflichtbewusstsein sondern auch davon ab, inwieweit Aufdecker in Ihrem Land geschützt werden. Martin Bridger, ein juristischer Berater und ehemaliger ranghoher Polizeibeamter aus dem Vereinigten Königreich, berichtete den Teilnehmern des zweiten Vorbereitungstreffens des 20. OSZE-Wirtschafts- und Umweltforums* im April in Dublin über die Schwierigkeiten, die die Londoner *Metropolitan Police* Ende der 1990er Jahre hatte, als sie versuchte, gegen Korruption vorzugehen: „Die Herausforderung lag nicht nur darin, etwas gegen die zehn Prozent der vermutlich korrupten Polizeibeamten zu unternehmen, sondern es galt auch, die Kultur des Schweigens der anderen neunzig Prozent anständigen Beamten zu brechen.“

Mitarbeiter sind oft die Ersten, die von Korruption in einer Organisation, sowohl im privaten wie auch im öffentlichen Sektor, Kenntnis erhalten. Laut John Devitt, dem Leiter des irischen Büros von *Transparency International*, einer weltweit in der Korruptionsbekämpfung tätigen Nichtregierungsorganisation, wird einer von vier Betrugsfällen durch innerbetriebliche Hinweise aufgedeckt, und Schätzungen zufolge haben Mitarbeiter, die nicht geschwiegen haben, dem Staat in den letzten zwanzig Jahren allein in den Vereinigten Staaten über 20 Milliarden USD erspart.

Jedes Land, das Korruption ernsthaft bekämpfen will, muss daher dafür sorgen, dass Personen, die von Korruption an ihrem Arbeitsplatz Kenntnis erhalten und darauf aufmerksam machen, angemessen geschützt werden.

Allzu oft wird jedoch gerade den Personen, die auf Fälle von Korruption aufmerksam machen, ihr Dienst schlecht gedankt, indem sie es sind, die an den Pranger gestellt oder entlassen werden.

„Es ist verständlich, dass Menschen aus Angst vor der Reaktion ihrer Arbeitgeber und Kollegen zögern, derartige Hinweise zu geben,“ meint Devitt. „Deshalb ist es wichtig,

dass die Arbeitgeber und die Regierung klarstellen, dass die Weitergabe solcher Informationen im Interesse aller ist. Leider verstehen zu wenige Führungspersonlichkeiten im öffentlichen und im privaten Sektor, wie wichtig es für den Schutz des öffentlichen Interesses und die Verteidigung der Menschenrechte ist, dass Fehlverhalten dieser Art aufgedeckt wird.“

Das Aufdecken von Missständen schafft nicht nur eine offene, transparente und rechenschaftspflichtige Kultur am Arbeitsplatz, sondern reduziert auch die Gefahr, dass der Ruf einer Organisation Schaden nimmt, und ermutigt zu einer frühzeitigen Meldung von Verdachtsmomenten, was Lösungen erleichtert.

1998 verabschiedete das Vereinigte Königreich das Gesetz *Public Interest Disclosure Act*, das inzwischen als Vorbild für Rechtsvorschriften über den Aufdeckerschutz angesehen wird. Es schützt Arbeitnehmer vor Repressalien und Benachteiligung durch den Arbeitgeber, wenn die Hinweise im öffentlichen Interesse gegeben werden und ein Fehlverhalten zum Gegenstand haben. Ferner schützt es auch Arbeitnehmer, die ein Fehlverhalten aufgedeckt haben und deshalb gekündigt wurden, und entschädigt sie für ihren Verdienstentgang.

In Irland wurde ein neuer Gesetzesentwurf eingebracht, der in vielen Aspekten dem britischen Ansatz ähnelt. „Es klingt selbstverständlich, aber das Gesetz muss klar formuliert und angemessen umgesetzt werden“, sagt Devitt. „In Irland haben sie rund dreißig Gesetze in der Gesetzessammlung, durch die Aufdecker geschützt werden sollen. Die Gesetze sehen Schutz in unterschiedlichem Ausmaß vor und beziehen sich nur auf Arbeitnehmer in bestimmten Sektoren und ausdrücklich aufgeführte Straftaten. Man muss schon ein Jurist sein, um zu verstehen, welchen Schutz man eigentlich genießt. Im Grunde hat dieser sektorweise Ansatz die Leute nur verwirrt und ihnen nicht die Sicherheit gegeben, die sie brauchen, um gefahrlos Hinweise im öffentlichen Interesse geben zu können.“

Transparency International betreibt in Irland die Helpline *Speak Up*, bei der seit ihrer Einführung im letzten Jahr über 200 Anrufe eingingen. „Es ist wichtig, dass die Menschen alternative Kanäle für ihre Hinweise (wie Hotlines) haben, es ist aber ebenso wichtig, dass sie sich an Helplines und Berater wenden können, wenn sie nicht wissen, ob und wie sie Verdachtsmomente melden sollen,“ erklärt Devitt. „Gesetzlich verankerter Schutz ist für Hinweisgeber wichtig, sie brauchen aber auch Beratung, die ihnen dabei hilft, das Richtige zu tun.“

Und dann muss noch etwas gegeben sein, damit Verdachtsmomente gemeldet werden: „Wirksame Ermittlungskompetenz ist unerlässlich,“ so Bridger. „Gesetze und Firmenpolitik sind nur so gut wie ihre Umsetzung.“

In der internationalen Gemeinschaft setzt sich in zunehmendem Maße die Erkenntnis durch, dass Personen, die Korruptionshinweise geben, geschützt werden müssen. Auf ihrem Gipfeltreffen im November 2010 in Seoul identifizierten die Spitzenpolitiker der G-20 den Aufdeckerschutz als einen der Schwerpunktbereiche in der globalen Antikorruptionsagenda. Ein in Kürze erscheinendes OSZE-Handbuch über die Bekämpfung von Korruption wird ein Kapitel über bewährte Praktiken zum Schutz von Korruptionsaufdeckern enthalten, das auf den Erfahrungen der OSZE-Teilnehmerstaaten beruht.

Sarah Crozier ist Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im OSZE-Sekretariat in Wien.

Neue Wege zur Beschlagnahme von Erträgen aus Straftaten – das irische *Criminal Assets Bureau*

CRIMINAL
ASSETS
BUREAU

Drogen- oder Korruptionsermittlungen dauern oft Jahre, in denen sich die Täter ungestraft bereichern und ihre Macht auf Kosten der öffentlichen Sicherheit ausbauen können.

Das irische *Criminal Assets Bureau* hat eine neue Methode entwickelt, wie Straftäter um ihre unrechtmäßig erzielten Profite erleichtert werden können. Sie wurde auf dem zweiten Vorbereitungstreffen des 20. Wirtschafts- und Umweltforums* der OSZE im April in Dublin als ein Modell vorgestellt, das es wert wäre, von anderen OSZE-Teilnehmerstaaten in Erwägung gezogen zu werden.

„Das *Criminal Assets Bureau* wurde Mitte der 1990er Jahre in einer Zeit ins Leben gerufen, als es in Irland einigen Großkriminellen gelungen war, sich über das Strafgesetzbuch hinwegzusetzen, indem sie dort, wo sie ihre Geschäfte machten, Angst verbreiteten und ihre beachtlichen finanziellen Muskeln spielen ließen,“ erinnert sich Kriminalhauptkommissar Eugene Corcoran, der Leiter der Dienststelle.

Das *Criminal Assets Bureau* wurde eingerichtet, als sich die Situation 1996 nach der Ermordung des Kriminalbeamten Jerry McCabe und der Investigativjournalistin Veronica Guerin zuspitzte. Damals beschloss die irische Regierung, dass ein Weg gefunden werden müsse, um die Fähigkeit des Staates zu stärken, kriminellen Vereinigungen auch ohne strafrechtliche Verurteilung das Handwerk zu legen.

Der gesetzliche Auftrag des 1996 per Gesetz geschaffenen *Criminal Assets Bureau* lautet: Durchführung von Ermittlungen im Fall mutmaßlicher Erträge aus Straftaten und Ergreifen entsprechender Maßnahmen, um diese den betreffenden Personen zu entziehen oder vorzuenthalten. Es handelt sich um eine Ermittlungsbehörde, die bei Gericht Unterstützung bei der Erfüllung ihres Auftrags beantragt.

In den sechzehn Jahren seines Bestehens war das *Bureau* außerordentlich erfolgreich: Es konnten Hunderte Millionen Euro an Steuern eingetrieben und Vermögenswerte eingefroren werden. Das Geheimnis seines Erfolgs liegt in seinen zwei besonderen Stärken: seiner multidisziplinären Struktur und seinen weitreichenden, gesetzlich verankerten Ermittlungsbefugnissen.

EINE MULTIDISZIPLINÄRE BEHÖRDE

Das *Criminal Assets Bureau* vereint die Befugnisse und Funktionen der irischen Polizei, der Steuerbehörden – für Steuern und Zollabgaben – und des Ministeriums für Sozialschutz. Es verfügt über Juristen, Analysten und Verwaltungspersonal.

„Der bisherige Erfolg des *Bureau* ist weitgehend dieser multidisziplinären Struktur und seiner praktischen Arbeitsweise zu verdanken,“ meint Corcoran. „Der freie Informationsaustausch zwischen den Behörden ermöglicht es, diese natürliche Hürde vieler großer Bürokratien zu überwinden.“

Das *Bureau* hat rund 70 Mitarbeiter, doch handelt es sich um eine nationale Stelle, die in ihren Ermittlungen von

divisional asset profilers – besonders ausgebildeten Polizeibeamten – aus dem ganzen Land in ihrer Tagesarbeit unterstützt wird.

Das *Bureau* kann sich in seiner Tätigkeit auf solide Rechtsgrundlagen stützen. Der 1996 erlassene *Proceeds of Crimes Act* sieht vor, dass Erträge aus Straftaten im Rahmen zivilrechtlicher Gerichtsverfahren eingefroren und beschlagnahmt werden können, ohne dass eine strafrechtliche Verurteilung vorliegen muss.

Weitere Rechtsvorschriften betreffend Steuer und Sozialfürsorge ermöglichen die Weitergabe von Informationen zwischen den verschiedenen Abteilungen. Das *Bureau* kann nicht nur Erträge aus Straftaten einziehen, es ist auch befugt, Steuern auf unrechtmäßige Gewinne zu bemessen, vorzuschreiben und einzufordern und zu veranlassen, dass Personen, die kriminellen Aktivitäten nachgehen, die Sozialhilfe gestrichen wird.

DIE INTERNATIONALE DIMENSION

Das *Criminal Assets Bureau* arbeitet eng mit internationalen Ermittlungsbehörden zusammen und hat erfolgreich Einkünfte aus Straftaten, die außerhalb von Irland in Ländern wie beispielsweise den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich begangen wurden, ins Visier genommen.

Das *Bureau* arbeitet auch mit internationalen Stellen wie der Europäischen Kommission und dem *Camden Assets Recovery Inter-agency Network* (CARIN) zusammen, einem informellen Netz von Strafverfolgungsbehörden, die Erkenntnisse und Informationen über Methoden der Rückverfolgung von Vermögenswerten im Land eines Mitglieds austauschen. Es ist Teil des 2007 gegründeten Netzes der Vermögensabschöpfungsstelle der Europäischen Union (ARO).

„Irische Kriminelle lassen sich immer öfter im Ausland nieder, und unsere Kontakte zu den Behörden der betreffenden Länder spielen im weltweiten Kampf gegen diese Art von Straftaten eine immer wichtigere Rolle“, erklärt Corcoran.

„Das *Criminal Assets Bureau* ist bestrebt, ein Best-Practice-Vorbild für den Einsatz des Konzepts einer multidisziplinären Behörde und der Rechtsbehelfe für den Verfall ohne strafrechtliche Verurteilung zu werden und würde die Teilnahme an Schulungen und am Austausch mit anderen Rechtsräumen begrüßen, wenn es dazu eingeladen wird.“

Dieser Artikel wurde anhand von Unterlagen des irischen Justizministeriums verfasst.

* Unter dem irischen OSZE-Vorsitz 2012 ist das 20. Wirtschafts- und Umweltforum, das im September in Prag seinen Höhepunkt finden wird, dem Generalthema „Verantwortungsvolle Staatsführung im wirtschaftlichen Bereich“ gewidmet.



Kampf der Geldwäsche

Ermittlungen in Fällen von Geldwäsche – dem Einschleusen von Einkünften in den internationalen Finanzkreislauf durch Kriminelle, um ihre illegale Herkunft zu verschleiern, – sind bekanntlich schwierig. Eine ganze kriminelle Dienstleistungsmaschinerie ist am Werk, um undurchsichtige, ständig in Bewegung befindliche weltweite Finanznetze zu knüpfen, die sich gewisser Offshore-Steuerparadiese und oft Mantelgesellschaften im Besitz nichts ahnender Strohmänner bedienen.

Wie Irlands Staatsminister Brian Hayes in seiner Rede auf dem ersten Vorbereitungstreffen des 20. Wirtschafts- und Umweltforums der OSZE im Februar in Wien feststellte, sind verantwortungsvolle Staatsführung und internationale Zusammenarbeit notwendig, um diese Netze auszuschalten, die es erst möglich machen, dass sich Verbrechen lohnt: „Korruption, Geldwäsche und die Finanzierung des Terrorismus sind Herausforderungen für alle Teilnehmerstaaten. Sie alle florieren, wo die Staatsführung schwach und ineffektiv ist,“ erklärte er.

„Um diese Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen, muss die internationale Gemeinschaft entschlossen und an allen Fronten reagieren“, sagte Generalsekretär Lamberto Zannier.

Das Treffen am 6. und 7. Februar 2012 in Wien befasste sich mit der Frage, wie die Regierungen, internationalen Organisationen, der Privatsektor und die Medien zum Kampf gegen die Geldwäsche beitragen können.

Drew Sullivan, ein auf dem Balkan tätiger investigativer Journalist, erklärte, dass Journalismus Teil der Lösung sein könne, und zitierte aus Berichten, die das von ihm initiierte *Organized Crime and Corruption Reporting Programme* ins Netz gestellt hat (www.reportingproject.net).

Boudewijn Verhelst, der Vorsitzende der Egmont-Gruppe, berichtete über Erfolge und Herausforderungen dieses internationalen Netzes für den sicheren und effizienten Informationsaustausch zwischen Finanzaufsichtsbehörden.

Eine Sondersitzung war der nationalen Risikobewertung gewidmet, einem relativ neuen Verfahren, mit dem ein Land sein Geldwäscherisiko prüft. Irland finanziert derzeit eine OSZE-Publikation über nationale Risikobewertungen, die Anleitungen für die Sammlung von Daten und die Nutzung der gewonnenen Erkenntnisse zur Erarbeitung der nationalen Politik geben wird.

„Ich bin überzeugt, dass die OSZE eine außerordentlich wichtige Rolle spielen kann, indem sie nationale und internationale Akteure zur Erörterung der gemeinsamen Prioritäten an einen Tisch bringt,“ meinte Goran Svilanović, der Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE, und beschrieb die politischen und technischen Maßnahmen des Sekretariats und der Feldoperationen der OSZE zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus.

Nun, da die technischen Instrumente zur Rückverfolgung von Geldwäsche immer ausgefeilter sind, ist es Aufgabe der Regierungen, den Geldwäschern das Handwerk zu legen. „Die OSZE ist eine politische Organisation, die bestrebt ist, auf politischer Ebene Konsens in Sicherheitsfragen herbeizuführen. Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sind Sicherheitsbedrohungen, auf die auf politischer Ebene reagiert werden muss“, erklärte Eoin O’Leary, der Botschafter Irlands und Vorsitzende des Ständigen Rates.

„Die Finanzkrise hat gezeigt, wie schlechte Governance ein Land wirtschaftlich in den Abgrund führen kann und dass nur gute Governance den Weg zur wirtschaftlichen Erholung weist. In solchen Zeiten der Krise entsteht oft der politische Wille, schwierige und heikle Fragen in Angriff zu nehmen. Vielleicht werden uns die derzeit herrschenden schwierigen Verhältnisse anspornen, bei der Prüfung der möglichen weiteren Schritte unserer Organisation Mut zu beweisen“, meinte er abschließend.



Was tut die OSZE gegen Geldwäsche?

Sie schult Staatsbeamte und Unternehmen.

In Aschgabat (Turkmenistan) organisierte sie im April 2012 eine dienststellenübergreifende Fachausbildung durch Experten in Finanzermittlungsmethoden.

In Astana (Kasachstan) war sie Mitveranstalter eines Ausbildungskurses in der Bekämpfung der Geldwäsche für Finanzfahnder (März 2012) und für Unternehmen und Berufe außerhalb des Finanzsektors (Mai 2012).

In Ganja (Aserbaidtschan) veranstaltete sie im Dezember 2011 eine Fortbildung für Richter und Staatsanwälte in der Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.

Sie ermutigt die Teilnehmerstaaten zur Umsetzung der 40 Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen gegen die Geldwäsche“ (FATF).

Die FATF überarbeitete im Februar 2012 ihre 40 Empfehlungen zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und ergänzte sie durch Maßnahmen zur Intensivierung der weltweiten Bemühungen zur Verhütung und Unterbindung von Finanztransaktionen zugunsten krimineller und terroristischer Gruppierungen.

Die OSZE unterstützt ihre Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung der FATF-Empfehlungen, zuletzt in Form von drei subregionalen UNODC/OSZE-Workshops in Kiew, Chişinău und Bukarest über die Verhütung und Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung.

Sie fördert Netze für den Informationsaustausch wie z. B. die Egmont-Gruppe.

Geld kann in Minutenschnelle um die Welt geschickt werden, und die Strafverfolgung kann nur wirksam sein, wenn sie ebenso schnell international reagiert. Die Egmont-Gruppe, zu der sich nationale Finanzermittlungsstellen zusammengeschlossen haben, bietet eine sichere Plattform für den internationalen Informationsaustausch über Geldwäscheaktivitäten.

Die OSZE unterstützte Usbekistan bei seinem Beitritt zur Egmont-Gruppe im Juli 2011. Ferner organisierte sie mit anderen am Rande der Plenartagung der Egmont-Gruppe im Juli 2011 in Eriwan einen Workshop für Finanzermittlungsstellen aus den zentralasiatischen Teilnehmerstaaten für die Zwecke des Erfahrungsaustauschs und zur Unterrichtung der am Beitritt zur Egmont-Gruppe interessierten Länder Tadschikistan und Turkmenistan über das

Beitrittsverfahren.

Außerdem veranstaltete sie gemeinsam mit dem UNODC im Juli 2011 in Almaty (Kasachstan) ein regionales Seminar über Fragen der internationalen strafrechtlichen Zusammenarbeit mit dem Schwerpunkt Geldwäsche. Im Juni 2012 fand in Almaty eine Folgeveranstaltung statt.

Sie unterstützt nationale Bewertungen des Geldwäscherisikos.

Länder können anhand von nationalen Risikobewertungen in Bezug auf Geldwäsche herausfinden, wo ihre Ressourcen zur Bekämpfung der Geldwäsche am effektivsten einzusetzen sind. Bisher haben nur einige wenige Länder weltweit solche Analysen durchgeführt.

Die OSZE ist im Begriff, eine von Irland finanzierte Unterlage zusammenzustellen, die noch im Laufe des Jahres herausgegeben wird und die den Teilnehmerstaaten bei der Sammlung von Daten und der Bewertung des Risikos von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung helfen wird.

Die OSZE unterstützt gemeinsam mit der Weltbank Kasachstan, die Kirgisische Republik und Serbien bei der Durchführung von Risikobewertungen.

Es bedarf einer breiten Perspektive.

Das umfassende Sicherheitskonzept der OSZE macht es möglich, sich gleichzeitig mit den wirtschaftlichen, politischen und menschlichen Folgen der Geldwäsche auseinanderzusetzen. So organisierten zum Beispiel das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE, das Büro des Sonderbeauftragten und Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels und die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten im Oktober 2011 am Sitz der OSZE in Wien gemeinsam das Expertenseminar über den Einsatz von Systemen zur Bekämpfung der Geldwäsche im Kampf gegen den Menschenhandel.

Ein Master-Studiengang in Economic Governance an der OSZE-Akademie

von Svetlana Levina



Studenten im Master-Programm „Governance und Entwicklung im Wirtschaftsbereich“ an der OSZE-Akademie in Bischkek, März 2012. (OSZE/Svetlana Levina)

Hussaini Azada Mohammad, eine 27-jährige Afghanin, erzählt, sie habe sich für das neue Master-Wirtschaftsstudium an der OSZE-Akademie in Bischkek wegen seiner praktischen Ausrichtung und des Zentralasien-Schwerpunkts eingeschrieben. „Die Studenten kommen aus der ganzen Region und wir vergleichen ständig die verschiedenen Praktiken in unseren Ländern. Afghanistan ist ein Sonderfall, aber es gibt durchaus auch Gemeinsamkeiten in Kultur und Geschichte.“

Azada verbrachte ihre Kindheit und Jugend als Flüchtling. Sie wurde im Iran geboren, ging in Pakistan zur Schule und studierte in den Vereinigten Staaten. Nach Abschluss ihres Studiums an der Akademie will sie zurück nach Afghanistan. „Ich wollte schon immer nach meinem Studienabschluss zurückgehen. Ich will einen Beitrag zur Entwicklung meines Landes leisten, und ich bin sicher, dass das Wissen, das ich durch dieses

Programm erwerbe, mir dabei helfen wird.“

Die OSZE-Akademie führte ihren neuen Master-Studiengang „Governance und Entwicklung im Wirtschaftsbereich“ Anfang dieses Jahres ein und ergänzte damit den Master-Studiengang für Politik und Sicherheit, den sie seit 2004 anbietet. Praktisch alle Kurse beziehen sich direkt oder indirekt auf Zentralasien. Es gibt Module für Governance, Wasser, Energie und Handel. Ein Kurs über Geldwäsche, ein Schwerpunktthema des diesjährigen irischen OSZE-Vorsitzes, ist in Vorbereitung. Er wird der Tätigkeit der Finanzermittlungsstellen in Zentralasien gewidmet sein.

Die Entscheidung der OSZE-Akademie, einen Wirtschaftslehrgang in ihr Studienprogramm aufzunehmen, ist Ausdruck der Überzeugung der Teilnehmerstaaten, dass gute Economic Governance für die künftige Stabilität und Prosperität Zentralasiens unerlässlich ist. „Stabile Staaten mit transparenter und rechenschaftspflichtiger Politik

sind attraktiv für in- und ausländische Investoren, die es den Regierungen ermöglichen, die Armut zu lindern und die Gleichberechtigung und soziale Eingliederung zu fördern,“ sagte Goran Svilanović, der Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE, vor Studenten bei einem Einführungsseminar im März.

ETWAS FÜR SEINE HEIMAT TUN

Der Master-Studiengang „Governance und Entwicklung im Wirtschaftsbereich“ fand die offizielle Billigung des Bildungsministeriums der Kirgisischen Republik, die als Gastland der Akademie immer wieder die Nützlichkeit der Institution betont und zur Ausweitung ihres Studienprogramms ermutigt hat.

Der 22-jährige Daniyar Moldokanow, der in Bischkek geboren wurde und sein erstes Diplom an der dort angesiedelten Amerikanischen Universität von Zentralasien erwarb, stand im Finanzministerium Kirgisistans bereits im Berufsleben, als er beschloss, sich in das Programm einzuschreiben. „Ich stellte fest, dass der Regierungsstil noch immer stark von älteren Methoden und Praktiken beeinflusst war, und suchte nach neuen Ideen, die mir helfen könnten, mein Land zu unterstützen,“ erinnert er sich.

Nach mehreren Monaten Studium berichtet Daniyar, er finde es besonders interessant, dass die Kurse immer noch weiterentwickelt und an die Bedürfnisse angepasst werden. „Es ist faszinierend, Teil dieses Prozesses in einer Art akademischen Versuchsgruppe zu sein. Da wir alle Wirtschaft studiert und viele von uns bereits Arbeitserfahrung haben, können wir Fragen stellen, die in einem fruchtbaren Austausch münden,“ erklärt er. Maxim Ryabkow, der Direktor der OSZE-Akademie, nennt ein Beispiel für den Beitrag der Studenten zur Weiterentwicklung des Lehrplans: „Die Studenten interessieren sich sehr für internationale und regionale Handelsabkommen, sodass die Akademie jetzt überlegt, die Kursbestandteile, die sich mit dieser Frage beschäftigen, weiter auszubauen.“

Die Institution ermutigt die Studenten auch auf andere Weise, praktische Erfahrungen zu sammeln: Sie unterstützt sie bei der Suche nach externen Möglichkeiten von „Learning by doing“. „Praktika sind ein wichtiger Teil der Ausbildung in einem Programm, das, wie in unserem Fall, den Schwerpunkten Politik und Governance gewidmet ist. Wir bemühen uns um Partnerschaften mit einschlägigen Institutionen, in denen unsere Studenten Praktika absolvieren können“, so Ryabkow.

Die OSZE-Akademie ist nicht nur deshalb bemerkenswert, weil sie ihren Studenten viel bietet, sondern auch aufgrund der Erkenntnisse, die ihre Forschungsarbeit und ihre Diskussionen für die OSZE insgesamt bringen. Botschafter Andrew

Tesoriere, der Vorsitzende des Kuratoriums der Akademie, der in den letzten vier Jahren das OSZE-Zentrum in Bischkek leitete, beschreibt sie als einen doppelten Spiegel: „Durch Hochschulbildung, Forschung und Debatte verbreitet die Akademie die gemeinsamen Werte der OSZE, untersucht aktuelle Kernfragen und bringt der gesamten OSZE-Gemeinschaft neue Einsichten. Ich sehe in jedem Studierenden der Akademie eine potenzielle künftige Führungsfigur, in jeder Diskussion die Quelle neuen Denkens und in der Akademie eine Einrichtung, die sich bestens auf die Bedürfnisse und Verhältnisse in Zentralasien und der gesamten Region einstellt.“

Viele OSZE-Teilnehmerstaaten anerkennen die Bedeutung von Bildung für die Entwicklung Zentralasiens. Die Akademie wird von 21 Teilnehmerstaaten finanziell unterstützt. 2012 wird sie von Österreich, Finnland, Deutschland, Dänemark, Norwegen, dem Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik und den Vereinigten Staaten sowie aus Haushaltsmitteln finanziert. Die Mittel für den neuen Master-Studiengang „Governance und Entwicklung im Wirtschaftsbereich“ werden von Österreich, dem norwegischen Institut für internationale Angelegenheiten und den Vereinigten Staaten bereitgestellt. Für Österreich war die Tatsache, dass afghanische Studenten – derzeit studieren neun an der Akademie – teilnehmen, ein wichtiger Grund für die Beteiligung an der Finanzierung. Auf dem Ministerrat im Dezember 2011 in Wilna beschloss die OSZE, ihre Zusammenarbeit mit Afghanistan auf Wirtschafts- und Umweltfragen sowie auf Fragen der menschlichen Dimension auszuweiten. „Studenten aus Afghanistan und aus Zentralasien in diesem Programm zusammenzubringen und ihnen die Möglichkeit zu geben, fundiertes Wirtschaftswissen zu erwerben und grenzüberschreitend berufliche und persönliche Kontakte zu knüpfen, ist ein sehr konkreter Beitrag zu diesem politischen Ziel,“ erklärt Robert Müller von der österreichischen Delegation bei der OSZE.

Svetlana Levina ist die Sprecherin des OSZE-Zentrums in Bischkek.

Die OSZE-Akademie wurde 2002 durch eine Vereinbarung zwischen der OSZE und der Kirgisischen Republik gegründet. Nähere Informationen zur Akademie und angebotenen Stipendien finden sich auf der Website www.osce-academy.net.

Regierungen ist zu allererst ein Modell, das wir „Menschenrechte by design“ nennen: „Schon im Forschungs-, Entwicklungs- und Projektstadium sollten Technologieunternehmen überlegen, wie und von wem ihre Produkte und Dienstleistungen verwendet werden. Die Entwicklung einer Menschenrechtspolitik und die Beachtung der Sorgfaltspflicht in den frühesten Phasen hilft den Unternehmen, Krisen zu verhindern, das Risiko zu begrenzen und die Aktivitäten und die Berichterstattung des Unternehmens anhand von Fakten zu bewerten.“ Das war eines der Grundprinzipien des Silicon-Valley-Standards, der auf unserer *Silicon Valley Human Rights Conference* im Oktober letzten Jahres in San Francisco ausgearbeitet wurde.

Wir müssen uns darüber klar werden, dass sich an allen Stationen der Wertschöpfungskette Fragen stellen, die die Menschenrechte berühren, sogar auf der Ebene der Datenkodierung. Das Angebot seriöser Geortungstechnologie mag einen Verkäufer näher zum Kunden bringen, es bringt aber auch autoritäre Regime näher zu ihren Dissidenten.

Unternehmen sollten sich an den sogenannten Ruggie-Rahmen „Schützen, achten, Rechtsschutz gewähren: Rahmen für Unternehmenstätigkeit und Menschenrechte“ des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen halten, in dem die Verantwortlichkeiten der Unternehmen für den Menschenrechtsschutz festgeschrieben sind. Die Bestimmungen des Ruggie-Rahmens müssen in der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) angewendet werden. Ein wichtiger Schritt wäre der Beitritt zur Globalen Netzwerkinitiative für den Schutz und die Förderung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Privatsphäre im IKT-Sektor mit ihren zahlreichen Beteiligten und die Inangriffnahme von Menschenrechtsverträglichkeitsprüfungen.

Was die Regierungen betrifft, so müssen diese in sämtliche Gesetze Strategien zu Wahrung der Rechte aufnehmen. Rechte sollten stets im Vordergrund der Überlegungen stehen, wenn der Gesetzgeber Regeln für das Internet aufstellen will. Ausnahmen dürfen nur gemacht werden, wenn die Rechte gesetzlich verankert sind.

Rechtsvorschriften im Namen der nationalen Sicherheit, zur Durchsetzung von Urheberrechten oder zur Verhütung von Kinderpornografie sollten nicht übereilt und ohne gebührende Berücksichtigung der Konsequenzen für die Internet-Infrastruktur, für die Art des Zugriffs auf Inhalte und für das Recht auf freie Meinungsäußerung das Parlament passieren. Sicherlich müssen die Regierungen die Öffentlichkeit schützen und dafür sorgen, dass Urheber angemessen bezahlt werden, doch darf dies niemals auf Kosten unserer Grundrechte geschehen.

MACHT AM MARKT

Die Unternehmen sind eine Marktmacht und sie sollten ihre Macht dazu nützen, die Regierungen zu veranlassen, die Menschenrechte durch entsprechende Strategien, Praktiken, gesetzliche Schutzvorkehrungen

und gerichtliche Kontrolle zu schützen. Sie müssen Druck auf Regierungen ausüben, damit diese nicht zulassen, dass die Copyright-Industrie die Redefreiheit im Namen des geistigen Eigentums beschneidet. Ferner müssen sie sich auch unbedingt für die Kontrolle über deren Netze engagieren, und zwar auch in Krisenzeiten.

Die Unternehmen müssen sicherstellen, dass jede von Regierungsbehörden geforderte Beschränkung wirklich notwendig ist, im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und der Rechtsstaatlichkeit steht und im Hinblick auf einen klar definierten und rechtmäßigen öffentlichen Zweck verhältnismäßig ist.

Die Regierungen müssen ihrerseits auf die Unternehmen hören und deren Entscheidung, die Menschenrechte in ihre Firmen-DNS einzubauen, respektieren. Das gilt auch, wenn sich Unternehmen der Netzneutralität verschrieben haben, d. h. der Gleichbehandlung des gesamten Datenverkehrs, ob als Video-, Audiodatei, E-Mail oder Text einer Webseite. Die Vorreiterrolle der Niederlande bei der Gewährleistung der Netzneutralität war ein enormer Fortschritt und hat Belgien, Spanien und andere Länder veranlasst, ähnliche Gesetze zu erlassen.

SICHERHEIT UND VERSCHLÜSSELUNG DER INTERNET-AKTIVITÄTEN

Digitale Angriffe sind die größte Bedrohung für ein offenes Internet. Die Internetkonten von Mitgliedern der Zivilgesellschaft werden ständig gehackt, ihre Netze infiziert und ihre Sites zum Absturz gebracht. Sie brauchen die Hilfe des Technologiesektors zur Einrichtung einer verlässlichen Sicherheitsinfrastruktur.

Im Silicon-Valley-Standard heißt es: „Effektive Internetsicherheit ist eine Grundvoraussetzung für die Gewährleistung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, der Privatsphäre und des Rechts auf Kommunikation im Netz. Technologieunternehmen müssen ihren Usern standardmäßig ein Mindestmaß an Sicherheit bieten (z. B. HTTPS und deren Verbesserungen) und sich gegen Verbote und Beschränkungen hinsichtlich der Verschlüsselung wehren.“

Eine Sicherheitsinfrastruktur setzt voraus, dass eine Regierung die Verschlüsselung und andere Sicherheitsmechanismen nicht verbietet. Verschlüsselungsanwendungen sind für Aktivisten, politische Dissidenten und die Zivilgesellschaft insgesamt von kritischer Bedeutung. Regierungen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Privatunternehmen, die die Rechte achten, müssen für die Privatsphäre der Menschen eintreten und diese in ihren Bemühungen um ihren eigenen Schutz unterstützen.

HAFTUNG DER VERMITTLER

Die Rede-, Vereinigungs- und Handelsfreiheit hängt in zunehmendem Maße von Internetvermittlern wie Breitbandanbietern und Web-Hosting-Unternehmen ab. Von diesen Vermittlern sollte nicht verlangt werden, die Rechtmäßigkeit der auf ihre Seiten gestellten

Inhalte zu prüfen oder dafür zu haften, wie es die Copyright-Lobby in vorgeschlagenen multilateralen Handelsabkommen wie dem *Anti-Counterfeiting Trade Agreement* (ACTA) und der *Trans-Pacific Partnership* (TPP) oder im *Stop Online Piracy Act* (SOPA) in den Vereinigten Staaten fordert.

Die Unternehmen müssen diese Trends bekämpfen und die Regierungen dürfen diese Hosts nicht für ihre Inhalte haftbar machen. Sie sollten Gesetze verabschieden, die Vermittlern eine vernünftige Frist setzen, innerhalb der sie aufgrund eines Gerichtsbeschlusses im Rahmen eines ordentlichen Verfahrens illegale Inhalte vom Netz nehmen müssen, und sie davor schützen, strafrechtlich verfolgt zu werden, nur weil sie Inhalte ins Netz gestellt haben. Website-Hosts haftbar zu machen, ist ein massives Werkzeug, das dazu benützt werden kann, Dissidenten mundtot zu machen und das politische Klima zu vergiften.

Der Schutz der Vermittler bedarf der weltweiten Koordination, denn wenn sie haftbar gemacht werden, ist unser Recht auf Redefreiheit ernsthaft gefährdet.

GERICHTLICHE ZUSTÄNDIGKEIT IN EINER GRENZENLOSEN VIRTUELLEN WELT

Der globale Charakter des Internets bedeutet, dass ein Gesetz in einem Land Auswirkungen auf Benutzer auf der ganzen Welt hat. Der Silicon-Valley-Standard verlangt von den Unternehmen, dass sie die negativen Auswirkungen staatlicher Regeln und Vorschriften, die das Recht auf freie Meinungsäußerung oder andere Menschenrechte beschneiden, so gering wie möglich halten. Er fordert die Technologieunternehmen auf, standardmäßig angemessene Datenschutzbestimmungen für ihre Benutzer vorzusehen: „Technologieunternehmen sollten sich zu weit gehenden Forderungen

ihrer Regierungen nach Preisgabe von Informationen über ihre Benutzer widersetzen, diese nur in dem Maße offenlegen, als die Gesetzeslage es erfordert, und ihre Benutzer informieren, damit diese gegebenenfalls entsprechende rechtliche Schritte unternehmen können.“

In Krisenzeiten, wenn offene Kommunikation besonders wichtig ist, sollten sich die Unternehmen gegen Versuche der Regierung zur Wehr setzen, Unternehmensnetze flächendeckend zu überwachen, Dienste abzuschalten oder den Zugriff auf deren Produkte zu blockieren.

Die Regierungen wieder sollten bei der Ausarbeitung von Gesetzen die Zivilgesellschaft und Multi-Stakeholder-Gruppen anhören und die Gerichte nicht umgehen, wenn sie Unternehmen überwachen oder Daten von ihnen anfordern wollen. Technologisch hoch entwickelte Staaten müssen wissen, dass man in ihnen ein Leitbild für die Internet-Politik sieht. Ihre Entscheidungen können für den Rest der Welt Präzedenzfälle schaffen.

Sowohl die Regierungen als auch die Unternehmen müssen die Entwicklung und Umsetzung einer offenen Umgebung für das Internet und die mobile Kommunikation unterstützen. Es ist höchste Zeit, dass wir gemeinsam an der Verwirklichung eines offenen Internets arbeiten, damit jedermann seine Rechte ausüben kann.

Brett Solomon ist Exekutivdirektor von AccessNow.org, einer globalen Bewegung für digitale Freiheit. Der Silicon-Valley-Standard, der die Grundsätze für die Gewährleistung der Rechte im IKT-Sektor enthält, kann unter www.rightscon.org abgerufen werden.



Éole Wind (flickr.com/eole)

Regulierung des Internets – ein aussichtsloses Unterfangen

von Mike Stone

Die Fragen mögen kompliziert sein, doch die Antwort ist einfach: Das Internet muss frei bleiben.

Das ist der Standpunkt der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, Dunja Mijatović.

„Die Regierungen haben zwar eine gewisse Rolle hinsichtlich des Internet-Contents zu spielen, doch sind Beschränkungen nur dann rechtfertigt, wenn sie im Einklang mit internationalen Normen stehen, für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft unerlässlich und in nationalen Gesetzen ausdrücklich vorgesehen sind,“ so Mijatović. „Seien wir ehrlich: Viele der Argumente für die Kontrolle der Internet-Inhalte sind leicht zu durchschauen. Die Kontrollen sollen letzten Endes kritische Stimmen im Land zum Schweigen bringen.“

Das Blockieren des Zugriffs auf Websites und soziale Medien wie Facebook und Twitter ist zum Scheitern verurteilt. Selbst wenn dazu technisch wirksame Mittel eingesetzt werden, könnte man genauso gut versuchen, einen Sack Flöhe zu hüten. Es ist sinnlos, denn es gibt zahllose Möglichkeiten, die Beschränkungen zu umgehen.

Trotzdem ist das Internet nicht von Natur aus frei, seine Freiheit ist im Konzept bewusst eingebaut (*Internet by design*), und viele technische Mittel zur inhaltlichen Kontrolle gefährden das freie Internet, wie wir es heute kennen.

OSZE-WEITE ERHEBUNG

Mijatović gab vor Kurzem eine OSZE-weite Erhebung der für das Internet relevanten Gesetze und Vorschriften in Auftrag. Sie stellte darin einen besorgniserregenden Trend fest: Teilnehmerstaaten versuchen in steigendem Maße, On-line-Content und Netzverfügbarkeit zu regulieren.

Der Zugang zum Internet ist ein grundlegendes Menschenrecht, was auch von den Vereinten Nationen in einem Bericht des Sonderberichterstatters über die Förderung und den Schutz der

Meinungsfreiheit und des Rechts auf freie Meinungsäußerung vom Juni 2011 bestätigt wird. Nur in zwei OSZE-Ländern gibt es Gesetze, die dieses Recht anerkennen. Sieben hingegen haben Rechtsvorschriften, die den Zugang beschränken.

In vielen Teilnehmerstaaten sind die Bestimmungen, die Hassparolen oder Aufwiegelung zum Terrorismus unter Strafe stellen, vage formuliert und können missverständlich ausgelegt werden.

Immer öfter wird die unverhältnismäßige Maßnahme der Three-Strikes-Sperre gegen Internet-Piraterie angewendet, die den Internet-Zugang eines Benutzers nach dreimaligem Versuch, urheberrechtlich geschütztes Material herunterzuladen, sperrt. Im Gespräch befindliche Schutzrechte für geistiges Eigentum in den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union übertragen den Anbietern von Internetdiensten eine zu große Verantwortung für die Kontrolle des Datenverkehrs und die Entscheidung, ob der Zugang gesperrt werden soll.

Mehrere Staaten haben damit begonnen, den Zugriff auf unerwünschte Websites und auf Plattformen sozialer Medien von außerhalb ihres Rechtsgebiets zu blockieren. Ihre – selbst freiwillige – Politik ist oft schwer durchschaubar und mit dem Recht auf Information unvereinbar, ebenso wie die komplette Sperre des Internets im Katastrophenfall, die in einigen Ländern gesetzlich vorgesehen ist.

Der Bericht „Freedom of Expression on the Internet“ des türkischen Rechtsprofessors Yaman Akdeniz analysiert Daten aus 46 Teilnehmerstaaten und enthält Empfehlungen für ein freies Internet. Die englische Fassung kann schriftlich bei der Beauftragten unter pm-fom@osce.org bestellt werden, die englische und russische Fassung ist unter www.osce.org/fom/80723 abrufbar.

Mike Stone ist Erster Berater der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit.

OSZE-Verpflichtungen zu einem freien Internet über Landesgrenzen hinweg

„Die Teilnehmerstaaten bekräftigen, dass jeder Anspruch auf freie Meinungsäußerung einschließlich des Rechts auf Kommunikation hat. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit zum Empfang und zur Mitteilung von Nachrichten und Ideen ohne Eingriffe öffentlicher Behörden und ohne Rücksicht auf Landesgrenzen ein.“

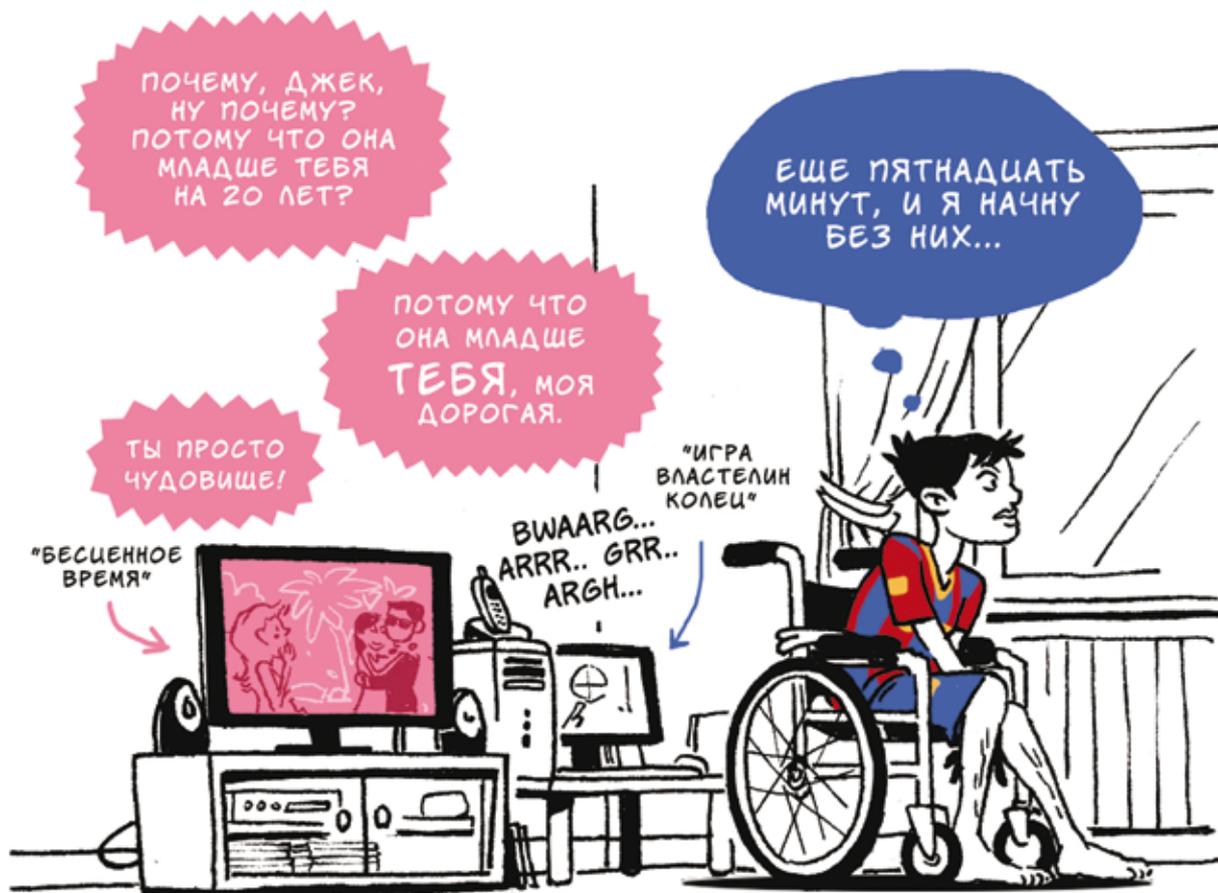
– Dokument von Kopenhagen, Abs. 9.1, 1990

„Wir verpflichten uns, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Grundvoraussetzungen für freie und unabhängige Medien sowie für den unbehinderten Informationsfluss über Landesgrenzen hinweg und innerhalb der Staaten zu schaffen, die wir als wesentliche Komponente einer demokratischen, freien und offenen Gesellschaft betrachten.“

– Europäische Sicherheitscharta (Gipfeltreffen von Istanbul), 1999

„Die Teilnehmerstaaten sagen zu, Maßnahmen zu treffen, die sicherstellen, dass das Internet ein offenes und öffentliches Forum für Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung bleibt, wie dies in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert ist, und die den Zugang zum Internet sowohl für Privathaushalte als auch Schulen begünstigen.“

– Beschluss Nr. 633 des Ständigen Rates, 2004



Aus dem Blog von Nicolas Journoud über das Leben eines an zerebraler Lähmung erkrankten Teenagers (Nicolas Journoud/mesqueunblog.kz)

Drei Jahre zentralasiatisches Internet Development Forum

Beim ersten zentralasiatischen *Internet Development Forum* 2010 in Almaty war immer wieder zu hören, die Entwicklung des Internets in der Region stecke noch in ihren Kinderschuhen. Im Mai dieses Jahres, als das von der OSZE unterstützte Forum zum dritten Mal zusammentrat, stellte niemand mehr die tiefgreifenden Auswirkungen des Internets auf die Region infrage. Wie sagte ein Teilnehmer aus Kirgisistan? Unter den jungen Leuten war das Internet vor ein paar Jahren Mode, heute ist es berufliche Notwendigkeit und auch aus dem Privatleben nicht mehr wegzudenken.

Die Veränderung war epochal. In Kasachstan zum Beispiel hat sich die Internet-Nutzung in den letzten fünf Jahren versechsfacht. In Gesellschaften, die noch vor Kurzem mehr oder weniger

geschlossen waren, kann man nun Menschen aus der ganzen Welt zuhören, die von ihrem politischen, sozialen und persönlichen Leben erzählen. Die Regierungen haben die Entwicklung mitvollzogen und fördern e-Business und investieren in e-Government. Beunruhigt über die aus dem Web hereinströmenden Einflüsse sehen sie sich jedoch gleichzeitig veranlasst, zu regulieren und zu filtern.

Am 17. und 18. Mai versammelten sich rund 100 Praktiker im Web-Bereich, Journalisten, Anwälte, NGO-Vertreter und Regierungsbeamte bei einer Veranstaltung in Almaty, die nun jährlich abgehalten werden soll. Sie kamen aus den zentralasiatischen Teilnehmerstaaten – Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan – sowie aus Georgien, Litauen und der

Ukraine, um zwei Tage lang intensiv und offen zu diskutieren. Sie besprachen Trends und Neuerungen, aber auch die Herausforderungen, die mit der Regulierung des Netzes verbunden sind.

„Die Internet- und Informationstechnologie ist weltweit der am schnellsten wachsende Wirtschaftssektor. Und Zentralasien ist hier keine Ausnahme. Allerdings dürfen auch Probleme in der Region nicht verschwiegen werden, etwa die Blockierung von Sites und das Herausfiltern von Inhalten, Zensur und gesetzliche Schranken“, meinte Adil Dschalilow, der Vorsitzende der Medienallianz von Kasachstan.

Eine der Fragen, mit denen sich die Teilnehmer auseinandersetzten, waren die Probleme, die sich für die freie Meinungsäußerung ergeben, wenn Regierungen journalistische Standards auf Internet-Inhalte anwenden. Web-Inhalte – Websites, Portale oder Blogs – mehr oder weniger wie Zeitungsartikel zu behandeln, behindert die Kommunikation, vor allem in Ländern, in denen Journalisten noch immer wegen Verleumdung strafrechtlich belangt werden können. Manchmal werden Sites von außerhalb des Rechtsraums eines Landes gefiltert oder blockiert, wenn man der Ansicht ist, dass sie gegen die Medienstandards verstoßen.

„Das Internet ist als Mittel zur freien Kommunikation zwischen normalen Bürgern rund um den Globus gedacht, als eine Methode zur Überwindung von Grenzen und Gegensätzen. Gesetze zur Regulierung des Internets haben den gegenteiligen Effekt: Sie beschneiden die freie Meinungsäußerung, wenn man befürchten muss, im Ausland zensuriert oder, was noch schlimmer ist, strafrechtlich verfolgt zu werden“, meinte Olga Didenko, eine Rechtsanwältin im kasachischen *Internews Network*.

Ein weiterer wichtiger Punkt in den Debatten des Forums war der befreiende Aspekt des Internets. Sabina Reingold, die für die On-line-Version der Abendzeitung in Bischkek schreibt, sprach über neue Nutzungsmöglichkeiten der sozialen Netzwerke in Kirgisistan und führte als Beispiel eine Spendenaktion auf Twitter an. Alia Sembay aus Kasachstan berichtete über das von ihr im Februar gegründete Web-Magazin Ekpin, das kulturelle Inhalte in kasachischer Sprache zu jungen Lesern bringt.

Nicolas Journoud, ein französischer freischaffender Illustrator, der seit 2006 in Kasachstan lebt und arbeitet, erzählte, wie seine Begegnung mit einem Jungen im Teenager-Alter, der an zerebraler Lähmung leidet, zum Auslöser eines Projekts wurde, das der Öffentlichkeit Einblicke in die abgeschiedene Welt von Personen mit Behinderungen gibt (*mesqueunblog.kz*).

„Der Name des Projekts, der übersetzt ‚mehr als ein Blog‘ heißt, leitet sich von dem Motto ‚mehr als ein Klub‘ seines Lieblingsfußballvereins,

Barcelona, ab,“ erklärte Journoud.

„Mein Blog erzählt vom Alltag der Familie eines 18-jährigen gelähmten jungen Mannes. Doch soll damit eigentlich ein Gesamtbild der Menschen mit Behinderungen dargestellt werden. Isolation empfinden diese Menschen als ihr schlimmstes Problem. Wenn meine Leser beginnen, den Helden meines Blogs nicht als einen Behinderten, sondern einfach als normalen Teenager zu sehen, dann ist das wichtigste Ziel des Projekts erreicht“, meinte er.

Journouds Projekt wird von der NGO *International Journalism Centre MediaNet* durchgeführt, die auch Implementierungspartner des OSZE-Zentrums in Astana für das zentralasiatische *Internet Development Forum* ist. Das Forum soll zur jährlichen Veranstaltung werden, die den Gedankenaustausch und das Entstehen neuer Ideen in Zentralasien fördert, das im Begriff ist, seinen Platz im weltweiten virtuellen Raum, dem Internet, einzunehmen.

Das OSZE-Zentrum in Astana unterstützt die Entwicklung des Medienbereichs in Kasachstan durch begleitende Kontrolle, Berichterstattung, Schulung, die Vermittlung von Dialog und Hilfe für den Gesetzgeber. Es fördert die fachliche Weiterbildung von Journalisten durch Fortbildungskurse. Ferner stellt es der Regierung sein Fachwissen sowie Rechtsgutachten zu Gesetzesentwürfen in Medienangelegenheiten zur Verfügung. Seine Gesprächsrunden über Medienfragen sind gut besucht und stimulieren die Diskussion über Themen wie neue Medieninstrumente für Journalisten auf Kasachisch, Mediengesetze, Tendenzen in der Entwicklung des Internets in Zentralasien sowie Grundsätze der Redefreiheit und des Informationszugangs.

Dieser Artikel basiert auf Material, das vom OSZE-Zentrum in Astana zur Verfügung gestellt wurde.



Internationale Partnerschaft im Feld – einige Beispiele mit Vorbildcharakter

von Gudrun Van Pottelbergh

Angesichts der aktuellen Finanzlage ist es wichtiger denn je, dass internationale Organisationen nicht doppelgleisig arbeiten, mit ihren Programmen den größtmöglichen Effekt erzielen und ihre Ressourcen effektiv und effizient einsetzen. Für die OSZE-Feldoperationen ist das eine sehr praktische Herausforderung, die tagtäglich innovatives Handeln und Reagieren verlangt.

Im Dezember letzten Jahres beauftragte der OSZE-Ministerrat die Durchführungsorgane in seinem Beschluss Nr. 3/11 über Elemente des Konfliktzyklus, vorbildliche Methoden für die Zusammenarbeit und Abstimmung mit anderen internationalen Akteuren vor Ort zu entwickeln. Wo arbeitet die OSZE erfolgreich mit internationalen Partnern zusammen, und wieso? Das Konfliktverhütungszentrum hat bei allen OSZE-Feldoperationen Antworten auf diese Fragen gesammelt, die in Kürze in einem Praxisleitfaden veröffentlicht werden.

NATIONALE EIGENVERANTWORTUNG

Feldoperationen unterstützen ihre Gastländer bei der Erfüllung ihrer OSZE-Verpflichtungen, und ihre

Zusammenarbeit mit internationalen Partnern trägt maßgeblich zur Erreichung dieses Ziels bei. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die erfolgreichsten und nachhaltigsten gemeinsamen Initiativen einen hohen Grad an nationalem Engagement beinhalten.

Das Programm zur Entmilitarisierung Montenegros (MONDEM), in dessen Rahmen das montenegrinische Verteidigungsministerium, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und die OSZE seit 2007 an der Unbrauchbarmachung und sicheren Lagerung von Munition arbeiten, ist ein ausgezeichnetes Beispiel dafür.

Die nationale Eigenverantwortung ist der Schlüssel zum Erfolg von MONDEM. Das ursprüngliche Ersuchen kam vom Verteidigungsministerium, und das Ergebnis war ein wahrhaft gemeinsames Projekt. Die drei Partner repräsentieren gemeinsam MONDEM und arbeiten mit den verschiedenen Gebergemeinschaften zusammen. Ihre hervorragenden Arbeitsbeziehungen vor Ort führten zu weiterer Zusammenarbeit in anderen Bereichen, vor Kurzem etwa bei der Kontrolle und Reduzierung von Kleinwaffen und leichten Waffen im Rahmen eines gemeinsamen Projekts

Mit dem Zerschneiden des ersten von 61 überschüssigen Panzern begann das Programm zur Entmilitarisierung Montenegros (MONDEM), ein gemeinsames Projekt des Verteidigungsministeriums des Landes, der OSZE und des UNDP, Podgorica, 3. Juli 2007. (Dragan Mijatović)

der OSZE, des UNDP und des Innenministeriums.

Von Anfang an bestimmten die Prioritäten des Gastlandes die einzelnen Maßnahmen von MONDEM, was sich als eine solide Grundlage für die Zusammenarbeit erwies. Über 100 Tonnen eines hochtoxischen Raketentreibstoffs konnten sicher entsorgt werden, 3300 Tonnen schwere Waffensysteme wurden zerschnitten oder eingeschmolzen, die Munitionslagerstätte Taraš wurde saniert und 850 Tonnen überschüssige konventionelle Munition wurden vernichtet. Die beträchtlichen personellen und finanziellen Mittel, die Montenegro auch weiterhin für MONDEM bereitstellt, beweisen, wie wichtig das Programm für das Land ist.

INTEGRATIVES UND PARTIZIPATIVES VORGEHEN

Für eine erfolgreiche Koordinierung müssen viele Elemente gegeben sein. Als Moldau seine Bemühungen zur Bekämpfung des Menschenhandels verstärken wollte, begann die OSZE-Mission in Moldau 2005, Sitzungen für technische Zusammenarbeit abzuhalten. Alle Beteiligten sind sich darin einig, dass es dank dieser Zusammenkünfte gelang, dass internationale, nationale und zivilgesellschaftliche Akteure, die sich mit der Bekämpfung des Menschenhandels und mit Genderfragen befassen, Hand in Hand arbeiten.

Der Schlüssel zu ihrem Erfolg war der von der Mission gewählte integrative und partizipative Ansatz. Sie brachte alle an der Bekämpfung des Menschenhandels und an der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter beteiligten staatlichen Dienststellen an einen Tisch – das Ministerium für Arbeit, Soziales und Familie, das Justiz-, Gesundheits- und Bildungsministerium, das Nationale Komitee für die Bekämpfung des Menschenhandels, das Zentrum für die Bekämpfung des Menschenhandels des Innenministeriums und die Generalstaatsanwaltschaft. Auch nationale und internationale NGOs, Botschaften und internationale Organisationen wie der UN-Bevölkerungsfonds, UNDP und UN Frauen wurden ins Boot geholt. Es sind offene Sitzungen, an denen jeder Interessierte teilnehmen kann.

Ein weiterer Erfolgsfaktor war die allgemeine Akzeptanz der Führungsrolle der OSZE-Mission. Keine internationale Organisation hat ein Mandat, das sie befähigt, in jeder Situation die Leitung zu übernehmen. In diesem Fall war die OSZE durch ihre Erfahrung in der Bekämpfung des Menschenhandels und durch ihr hohes politisches Ansehen im Land der geeignete Koordinator.

Und auch hier ist die nationale Eigenverantwortung ein bedeutsamer Faktor. Die OSZE organisierte die Sitzungen zwar ursprünglich allein, doch seit 2009 führt das Ministerium für Arbeit, Soziales und Familie den Kovorsitz. Heute nehmen hauptsächlich nationale Akteure daran teil, und die Diskussionen werden vorwiegend auf Rumänisch mit Übersetzung ins Englische geführt. Die OSZE und die internationale Gemeinschaft sehen ihre Aufgabe heute weitgehend in

der Vermittlung, Unterstützung und Beratung.

Es gibt aber noch andere Gründe, warum diese Sitzungen die Koordinierung der Maßnahmen im Kampf gegen den Menschenhandel in Moldau so erfolgreich auf den Weg gebracht haben. Dass die Räumlichkeiten der Mission leicht zugänglich sind, sie politisch neutral ist, Simultandolmetschung und Protokolle der Sitzungen in Englisch und Rumänisch bereitgestellt werden, ja sogar die Gelegenheit zur Vernetzung und zu informellen Gesprächen bei einer Tasse Kaffee vor oder nach den Sitzungen, mögen banale Details sein, aber jedes einzelne davon hat zum Erfolg beigetragen.

STRATEGISCHE FÜHRUNG

Wo die politischen Empfindlichkeiten groß und zahlreiche Akteure im Spiel sind, kann die Koordination zwischen internationalen Organisationen eine gewaltige Aufgabe sein, die offene Kommunikationswege und eine klare Vision verlangt. In Tadschikistan bieten die Arbeitsgruppe Grenzmanagement (BIG) und ihre Unterarbeitsgruppe Fortbildung in Grenzfragen und Strafverfolgung, in der das OSZE-Büro in Tadschikistan den Kovorsitz führt, über einem Dutzend mit Fragen der Grenzsicherung und des Grenzmanagements befassten Gruppen eine ausgezeichnete Gelegenheit zur Abstimmung ihrer Arbeit durch gegenseitige Information über ihre geplanten Aktivitäten und Diskussionen über gemeinsame Herausforderungen. Die BIG und ihre Untergruppe haben einige in der Praxis bewährte Methoden der Informationsweitergabe entwickelt, etwa die tabellarische Auflistung der verschiedenen Aktivitäten und Fortbildungskurse von Organisationen und die Planung von Vorträgen über ein Thema von gemeinsamem Interesse jeweils vor dem regulären Runden Tisch.

Den Diskussionen kam die zukunftsorientierte Perspektive der Nationalen Grenzmanagementstrategie Tadschikistans zugute, die 2010 mithilfe der OSZE ausgearbeitet wurde. Sie sieht vor, dass zu gegebener Zeit ein ständiges interinstitutionelles Sekretariat geschaffen wird, das die dem Land geleistete Hilfe im Bereich des Grenzmanagements koordinieren wird. Bis dahin sind die darin vorgegebenen langfristigen Ziele es wert, dass internationale Akteure in nachhaltige Koordinations- und Kooperationsmechanismen investieren, die – vor allem im Hinblick auf den bevorstehenden Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan – besonders wichtig sind.

Es gibt noch viele andere Beispiele für innovatives Handeln im OSZE-Feld. Mit seinem Praxisleitfaden für internationale Koordination und Kooperation will das Konfliktverhütungszentrum diese innovative Kraft durch Denkanstöße für einen fruchtbaren Austausch weiter fördern.

Gudrun Van Pottelbergh ist Referentin für operative Unterstützung im Konfliktverhütungszentrum des OSZE-Sekretariats in Wien.



Das neue mehrsprachige Universitätsdepartment in Bujanovac – die Lösung des Sprachendilemmas

von Michelle Pirotta

„Durch Bildung erwerben junge Menschen das grundlegende theoretische und praktische Wissen, das sie zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation und ihrer Lebensbedingungen brauchen. Durch Bildung lernen junge Leute aus allen Volksgruppen, die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen unserer Zeit besser zu bewältigen. Und durch Bildung erfahren junge Leute unterschiedlicher Herkunft, dass wir bei allen individuellen Unterschieden gemeinsame Werte haben.“

– Der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, Knut Vollebaek, anlässlich der Vorstellung der Machbarkeitsstudie über Hochschulbildung in Preševo und Bujanovac, März 2010

Im März 2012 stattete der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, Knut Vollebaek, dem neuen Universitätsdepartment für Volkswirtschaft im südserbischen Bujanovac seit dessen Eröffnung im Herbst letzten Jahres, bei der ebenfalls zugegen war, den ersten Besuch ab. Die Tatsache, dass es dieses Institut überhaupt gibt, zeugt von der nicht nachlassenden Ermutigung durch den Hohen Kommissar und der konstruktiven Zusammenarbeit der verschiedensten Akteure aus dem staatlichen und akademischen Bereich.

Bei seinem Besuch konnte sich der Hohe Kommissar von dem Ergebnis seiner Hartnäckigkeit überzeugen: Albanische und serbische Studenten studieren gemeinsam in einer gemeinsamen Einrichtung.

Es dauerte drei Jahre, bis die akademische Einrichtung stand. Immer wieder ließen Verzögerungen und administrative Hürden Zweifel daran aufkommen, ob das Projekt überhaupt realisierbar war, und noch im letzten Sommer, als die Studierenden bereits inskribieren sollten, schien eine weitere Verschiebung unvermeidbar.

Und doch haben heute 93 Studenten ihren Universitätsalltag aufgenommen, bereit, die ersten Absolventen einer Einrichtung zu werden, die, so hofft der Hohe Kommissar, beispielgebend dafür sein wird, wie mehrsprachige und multiethnische Hochschulausbildung in zutiefst gespaltenen Gemeinden aussehen kann.

Das Institut in Bujanovac, eine Außenstelle der Wirtschaftsfakultät Subotica der Universität Novi

Sad, ist etwas Besonderes, ist es doch das erste wirklich mehrsprachige und multiethnische Hochschulinstitut in Südserbien. „Es ist beispielhaft dafür, wie mehrsprachige Bildung in der Praxis dazu dienen kann, einen Ausweg aus dem Dilemma ‚Unterricht in der Muttersprache oder in der Staatssprache‘ zu finden,“ erklärte Vollebaek bei der Eröffnung.

Das Institut bietet Kurse in Marketing und Volkswirtschaftslehre in beiden Sprachen, Serbisch und Albanisch, an. Etwa zwei Drittel der Kurse im ersten Studienjahr werden in Albanisch gehalten.

Dann verlagert sich das Verhältnis zu zwei Dritteln Staatssprache in den fortgeschritteneren Stufen. Das Institut ist staatlich anerkannt und alle Studenten werden durch verschiedene amtliche Stellen aus öffentlichen Mitteln finanziert. Die Hörer sind rund zur Hälfte ethnische Serben und ethnische Albaner.

DAS PROBLEM DER ABSCHOTTUNG

Bujanovac liegt im Preševo-Tal, in dem viele Albaner, größtenteils räumlich getrennt von ihren serbischen Landleuten leben. In diesem Gebiet kam es in der Vergangenheit zu erbitterten Kämpfen zwischen den beiden Volksgruppen, und es bestehen bis zum heutigen Tag Spannungen. Im Jahr 2000, ein Jahr nach dem Ende des Kosovo-Krieges, kam es in der von der NATO errichteten Pufferzone, in der auch Bujanovac lag, zu Unruhen unter den Albanern. Später flammten die Spannungen wieder auf, als knapp vor den serbischen Wahlen am 6. Mai fünf Ortsansässige wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen verhaftet wurden. Kaum zwei Wochen später wurde am 17. Mai ein örtlicher Kontrollposten der Polizei nahe am Kosovo von Unbekannten unter Beschuss genommen. In der Region gibt es noch immer Verfechter des Anschlusses des Preševo-Tals an den Kosovo, was destabilisierende Folgen für die Region insgesamt hätte.

Außerdem ist Südserbien eine wirtschaftlich schwache Region und das Fehlen von Hochschul- und Arbeitsmöglichkeiten veranlasst die jungen Leute aller Volksgruppen, in größere Städte zu ziehen. Ethnische Albaner gehen meist an die albanischsprachigen Universitäten in Prishtinë/Priština, Tirana oder Tetovo. Viele kehren nicht zurück.

Der Hohe Kommissar sorgt sich schon seit Langem um diese Region und befasst sich neben aktuellen Fragen auch mit den Ursachen der interethnischen Spannungen. Er hat konkret den Auftrag, mittels stiller Diplomatie ethnische Spannungen, die den Frieden, die Stabilität oder die Beziehungen zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten gefährden könnten, zu identifizieren und sich um eine ehestmögliche Lösung zu bemühen. Seit die Institution 1992 von der OSZE ins Leben gerufen wurde, sieht Vollebaek wie schon seine Amtsvorgänger in der Bildung eines von mehreren Instrumenten zur langfristigen Konfliktverhütung im Sinne seines Auftrags, für „Frühmaßnahmen hinsichtlich von Spannungen, die Bezug auf Angelegenheiten nationaler Minderheiten haben,“ zu sorgen.

Die gegenseitige Abschottung in dem Gebiet hat unter anderem zur Folge, dass serbische und albanische Kinder jeweils andere, einsprachige und einer Volksgruppe vorbehaltene Schulen besuchen. Der Hohe Kommissar macht bei seinen Länderbesuchen immer wieder darauf aufmerksam, dass nach ethnischen oder religiösen Gesichtspunkten getrennte Schulen niemals zu einer integrierten Gesellschaft führen können. Derartige Gräben führen zu Spannungen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen und erhöhen das Konfliktpotenzial.

„Schon im frühen Alter führt der Bildungsweg Kinder entweder

in die Integration oder in die Segregation,“ erklärt Vollebaek. „In der Schule lernen sie ihre Sprache und ihre Geschichte. In der Schule lernen sie einander kennen und schließen Freundschaften. Wenn Kinder durch Sprache und Volksgruppenzugehörigkeit voneinander getrennt werden, ist es weniger wahrscheinlich, dass sie Kontakte knüpfen, und wahrscheinlicher, dass sie ihre Zukunft getrennt von den Anderen aufbauen.“

DEN BALL INS ROLLEN BRINGEN

Das Universitätsinstitut wurde ins Leben gerufen, um diese Probleme einer Lösung näherzubringen. Seine Geschichte begann 2009 mit einer vom Hohen Kommissar und der serbischen Regierung in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudie über den Ausbau der Hochschulbildung in Preševo and Bujanovac. Diese Initiative baute auf einem früheren Projekt, der Einrichtung eines örtlichen Instituts in der benachbarten Stadt Medveda, auf, wo seit 2009 Vorlesungen mit Simultandolmetschung ins Albanische angeboten werden.

Nach zahlreichen Interviews mit Akteuren kam die Studie zu dem Schluss, dass eine mehrsprachige Bildungseinrichtung ein positiver Schritt in Richtung der interethnischen Integration in diesen Städten wäre und den dort lebenden jungen Menschen die Chance zum Studium und zu sozialen Kontakten untereinander, vielleicht sogar zu dauerhaften Freundschaften, geben würde. Ethnische Albaner sollten die Möglichkeit zu tertiärer Bildung in ihrer Muttersprache haben, ohne dazu ihre Heimatorte verlassen zu müssen, hieß es in der Studie. Gleichzeitig hätten sie erheblich bessere Berufsaussichten in Serbien, wenn sie die Staatssprache fließend beherrschten. Eine Universitätseinrichtung würde durch den Zuzug von Studenten und Dozenten die örtliche Wirtschaftsentwicklung fördern und auf längere Sicht unternehmerisch orientierte Absolventen produzieren, die in der Region bleiben. Aufgrund dieser Überlegungen schlug die Studie die Gründung einer Hochschuleinrichtung in Bujanovac oder Preševo vor.

Die OSZE-Mission in Serbien, die Europäische Union und die Freunde Südserbiens – eine Gruppe bilateraler Botschafter in Belgrad – teilten diese Meinung und setzten sich von allem Anfang an energisch für dieses Projekt ein. Allerdings war damit zu rechnen, dass es nicht leicht sein würde, die Unterstützung und Mitarbeit aller erforderlichen Partner, darunter die serbische Regierung, die Gebietskörperschaften und der albanische Nationale Minderheitenrat, zu gewinnen, wie es schon in der Studie hieß.

Koalitionen mit Widerstrebenden zu bilden, ist Teil der Arbeit des Hohen Kommissars. Er wirkt vertraulich hinter den Kulissen, bringt die maßgeblichen Akteure an einen Tisch und hält sie bei der Stange. Er kann natürlich nur Katalysator sein; die beteiligten Parteien müssen selbst die Bereitschaft mitbringen, ihre Divergenzen beiseite zu schieben und gemeinsam eine Zukunft für ihre Kinder aufzubauen.

Vollebaek konnte auf die Erfahrung seines Büros zurückgreifen, das im Laufe der Jahre gelernt hat, wie multiethnische Hochschuleinrichtungen funktionieren können und sollen. 2001 zum Beispiel war der erste Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, der inzwischen verstorbene Max van der Stoep, die treibende Kraft hinter der Gründung der Südosteuropäischen Universität in Tetovo in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien.

Anlässlich der Veröffentlichung der Machbarkeitsstudie im März 2010 in Belgrad sagte Vollebaek, man werde die Erfahrungen aus Tetovo in Südserbien nutzen und dabei auf die örtlichen kulturellen und politischen Sensibilitäten Rücksicht nehmen.

Eine interministerielle Arbeitsgruppe für Hochschulbildung



Diese Seite und Seite 24: Der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten (Foto rechts unten: Mitte) vor Studenten des mehrsprachigen Universitätsdepartements in Bujanovac (Serbien), März 2012. (OSZE/Milan Obradović)

erstellte einen Plan, der die Verwirklichung dieser Vision möglich machen sollte. Als erster Schritt wurde in Bojanovac ein Institut einer bestehenden Universität gegründet. Die Anbindung an eine größere Bildungseinrichtung hat den Vorteil, bereits vorhandene Erfahrung nutzen zu können und den Prozess der staatlichen Anerkennung zu beschleunigen. Die serbische Regierung hatte inzwischen fest zugesagt, für die nötige politische und finanzielle Unterstützung zu sorgen. Doch hatte man im Mai 2011, knapp fünf Monate vor der geplanten Eröffnung des Instituts, noch immer keine „Muttereinrichtung“ gefunden. In den folgenden Monaten versuchten der Hohe Kommissar und die serbische Regierung in enger Zusammenarbeit mit der OSZE-Mission in Serbien, einen willigen Partner zu finden, bis sich schließlich die Wirtschaftsfakultät Subotica (eine Außenstelle der Universität Novi Sad), bereiterklärte, ein Institut in Bujanovac zu eröffnen. Die Universität Novi Sad ist die führende mehrsprachige Hochschuleinrichtung Serbiens und bietet bereits seit mehreren Jahren neben Serbisch auch Vorlesungen unter anderem in Ungarisch, Rumänisch und Slowakisch an. Die Wirtschaftsfakultät der staatlichen Universität Tetovo sagte zu, Gastprofessoren für Vorlesungen in Albanisch zur Verfügung zu stellen.

DER ERSTE SCHRITT

Das Institut öffnete am 28. Oktober 2011 seine Tore für die Studierenden. Miodrag Gusevski, ein ethnischer Serbe, und Xhabir Aziri, ein ethnischer Albaner, waren zwei der ersten inskribierten Studenten. Sie wollten hier studieren, weil sie in ihrer Heimatstadt bleiben wollten, was für sie viel weniger finanziellen Aufwand bedeutet als anderswo.

Beide erklärten, sie freuten sich auf die Chance, mit Studenten anderer Volksgruppen in Kontakt zu kommen.

„Wir leben in einem multiethnischen Umfeld, und Kontakte mit Angehörigen anderer Volksgruppen sind unvermeidlich, ob wir wollen oder nicht. Ich glaube, dass Kommunikation, vor allem unter

jungen Leuten, sehr wichtig ist, und dieses Institut ist ein guter Ort, um damit anzufangen,“ meint Miodrag.

Xhabir schließt sich dieser Meinung an: „Etwas Besseres konnte uns in Bujanovac gar nicht passieren, denn wir können nur vereint etwas erreichen. Ich halte die Eröffnung dieses Instituts für einen idealen Weg zur Integration verschiedener Gruppen innerhalb einer Gesellschaft.“

Sowohl Miodrag als auch Xhabir wollen nach Beendigung ihres Studiums in Bujanovac bleiben. Miodrag arbeitet schon jetzt ganztags als Buchhalter und hastet zwischen dem Unterricht und dem Büro hin und her. „Ich glaube, hier ließe es sich angenehm und in Frieden leben, aber darum müssen sich alle Bürger, gleichgültig, welcher Volksgruppe sie angehören, bemühen,“ meint er.

Wenn das Wirtschaftsdepartment Bujanovac seiner Rolle als Förderer der Integration in dieser geteilten Gemeinde gerecht werden soll, braucht es mehr Studenten wie Miodrag and Xhabir, die sich entschieden haben, in der Stadt zu bleiben und einen Beitrag für ihr Land oder ihre unmittelbare Umgebung zu leisten. Es braucht außerdem die kontinuierliche Unterstützung der örtlichen und der zentralen Behörden.

Der Hohe Kommissar und die OSZE-Mission in Serbien werden das Institut und die Region weiter im Auge behalten. Sie werden zum frühestmöglichen Zeitpunkt auf potenzielle Spannungen aufmerksam machen und örtliche Akteure ermutigen, auch weiterhin im Interesse der langfristigen Stabilität und Prosperität Serbiens so erfolgreich wie bei der Gründung des Universitätsinstituts in Bujanovac zusammenzuarbeiten.

Michelle Pirota ist Kommunikations- und Redaktionsassistentin des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten.



Die Innenrevision – ein kritischer Freund

Der Ständige Rat der OSZE verabschiedete im Dezember 2000 das Mandat der Innenrevision, die 2001 ihre Arbeit aufnahm. Seither hat das Büro seine führende Rolle in den Bemühungen der Organisation um eine wirksame und effiziente Nutzung der von den Teilnehmerstaaten bereitgestellten Mittel gefestigt. 2009 weitete es seine Tätigkeit auf die gesamte Bandbreite der Aufsichtsfunktionen – Prüfung, Evaluierung und Ermittlung – aus.

Paul Manning übernahm im Januar dieses Jahres die Leitung der Innenrevision, nachdem er 5 Jahre im Ministerium für internationale Entwicklung im Vereinigten Königreich und davor im Privatsektor und für internationale NGOs tätig war. Das OSZE-Magazin sprach mit dem neuen Direktor.

OSZE-Magazin: Welche Aufgaben hat die Innenrevision?

Paul Manning: Unser hoch talentiertes Team ist für die objektive und unabhängige Sicherheits- und Beratungstätigkeit im Rahmen der OSZE zuständig. Unsere internen Audits sorgen für Sicherheit in Bezug auf den ordnungsgemäßen Ablauf der Governance-, Risikomanagement- und Kontrollprozesse. Unsere Evaluierungen dienen der Beurteilung der Zweckmäßigkeit, Effektivität, Effizienz, Wirkung und Nachhaltigkeit der Aktivitäten der Organisation – von der Polizeiausbildung am Balkan und in Zentralasien über die Stärkung der Gesetzgebung bis zur Überprüfung des Entsendesystems der OSZE, in dem die Teilnehmerstaaten die Kosten für einige Bedienstete direkt übernehmen. Die Innenrevision betreibt auch die Innenrevisions-Hotline, bei der Bedienstete und andere Personen Verdachtsmomente, die auf Betrug, Vergeudung oder Misswirtschaft hindeuten,

vertraulich melden können – denen unsere Ermittler dann nachgehen. Und wir beraten laufend Führungskräfte, wie sie mit Risiken umgehen können, um ihre Zielvorgaben zu erreichen und die Mittel der Teilnehmerstaaten bestmöglich zu nutzen.

Inwieweit stellen diese Aktivitäten einen Mehrwert für die Organisation dar?

Die Innenrevision sieht sich gegenüber dem Generalsekretär und anderen Führungskräften als „kritischer Freund“, der die in der Organisation anstehenden Fragen versteht, die geübte Praxis infrage stellen kann und indirekt Verbesserungen bewirkt. Gemeinsam mit dem Prüfungsausschuss und den externen Prüfern geben wir eine unabhängige Prüfungserklärung ab, dass die Organisation gut geführt wird und ihre Ressourcen wirksam und effizient zur Erreichung ihrer wesentlichen Ziele einsetzt. Und unsere Arbeit hilft der OSZE, ihre Ergebnisse darzustellen und den Teilnehmerstaaten die Sicherheit zu geben, dass das Geld ihrer Steuerzahler, das sie der Organisation anvertrauen, optimal verwendet wird.

Doch der größte Mehrwert, den unserer Arbeit für Führungskräfte und Teams in der gesamten OSZE bringt, ist unbestritten die Vermittlung der Wissensweitergabe, da die Innenrevision ja in der einmaligen Lage ist, für alle Institutionen, die Feldoperationen und das Sekretariat zuständig zu sein. Die OSZE ist eine wissensbasierte Organisation und unser Büro hilft mit, dieses Wissen anderen zu erschließen, wodurch sich die Effizienz der OSZE-Tätigkeit erhöht. Das Wissen und die Erfahrung unserer Fachleute sowie unsere unabhängige Position machen es möglich, dass wir erfolgreich als Katalysator für

Paul Manning (Mitte) in einer Besprechung mit den Mitarbeitern Serani Siegel (links) und Hyung Kwon Jung (rechts) der Innenrevision im OSZE-Sekretariat. (OSZE/Julia Edminster)

Veränderungen in Bereichen wie Risikomanagement und ethisches Verhalten tätig sein können. Und der Bedarf an unseren Diensten nimmt in dem Maße zu, als die OSZE mit einem immer anspruchsvolleren inneren und äußeren Umfeld und schwierigeren Herausforderungen konfrontiert ist.

Wo liegen die Schwierigkeiten, wenn die Innenrevision die Organisation im Umgang mit der gegenwärtigen Wirtschaftskrise unterstützen will?

Die Etats der Teilnehmerstaaten geraten zunehmend unter Druck, und wir müssen zeigen, dass jeder Euro, der der OSZE zur Verfügung gestellt wird, ein gut angelegter Euro ist. Und angesichts der immer knapper werdenden Mittel der Organisation ist es wichtiger denn je, dass diese Ressourcen überlegt und effizient verwendet werden. Seit ich mein Amt in der OSZE übernommen habe, staune ich, was die Organisationen mit ihren Haushaltsmitteln alles erreicht. Die Evaluierungen durch die Innenrevision helfen mit, das Erreichte deutlich zu machen; wir setzen dazu innovative Instrumente wie das *Outcome Mapping* ein und geben Erkenntnisse weiter, um die Leistung der Organisationen kontinuierlich zu verbessern. Mit unseren Prüfungen und Ermittlungen schützen wir die Aktiva und Ressourcen der OSZE – was in Zeiten der Wirtschaftskrise, wenn das Risiko von Betrug und anderen Verfehlungen in unserem Arbeitsumfeld steigt, besonders wichtig ist, – und achten

auf wirksame Kostenkontrolle. Und so wie die Organisation in ihrer Gesamtheit gezwungen ist, Schwerpunkte zu setzen, müssen auch wir uns auf jene Bereiche konzentrieren, in denen unser Büro angesichts unserer eigenen begrenzten Mittel die größte Wertschöpfung erreichen kann.

Wo sehen Sie die künftigen Prioritäten für die Innenrevision?

Ich sehe die Aufgabe der Innenrevision darin, als strategischer Partner die ganze OSZE bei der Umsetzung auf der Managementebene zu unterstützen und zugleich unserem Auftrag nachzukommen, objektive und unabhängige qualitätssichernde und prüferische Leistungen zu erbringen. Es ist einfach viel besser, Führungskräften von Anfang an dabei zu helfen, ihre Zielvorgaben kontrolliert zu erreichen, als (um einen alten Prüferwitz zu zitieren) „nach der Schlacht anzukommen und die Verwundeten mit dem Bajonett aufzuspießen“. Wir erhalten positive Rückmeldungen über unsere Aufsichtsaktivitäten – Prüfungen, Evaluierungen und Ermittlungen – und die Führungskräfte und ihre Teams anerkennen den Wert, den unsere Arbeit für sie hat. Wir werden auch vom Generalsekretär unterstützt und arbeiten eng mit ihm zusammen. Die Innenrevision ist da, um zu helfen, und wir freuen uns darauf, auch in Zukunft mit allen Mitarbeitern gemeinsam die OSZE bei ihrer wichtigen Mission, Vertrauen zu schaffen und Differenzen zu überbrücken, zu unterstützen.

Bei ihren Evaluierungen nützt die Innenrevision die verschiedensten Werkzeuge:

- Fokusgruppensitzungen mit Polizeibeamten in Akademien und Schulen
- Interviews mit Begünstigten, Staatsbeamten und OSZE-Bediensteten
- On-line-Befragungen zur Sammlung quantitativer Daten
- Prüfung von Trends im Zeitverlauf anhand verfügbarer Daten
- Prüfung von Leistungsindikatoren
- Statistische Analysen
- Triangulation von Beobachtungen und finanziellen Informationen

Neuerdings nützt die Innenrevision auch folgende Methoden:

- Outcome mapping zur Feststellung der durch Projekte bewirkten Veränderungen
- Qualitative Textanalyse
- Messinstrumente für die sozialen Medien



Polizeiausbildung in Bischkek. Die Innenrevision evaluierte die Polizeiausbildungsaktivitäten der OSZE in Kirgisistan sowie in Serbien und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien von 2009 und 2010. (OSZE)



Ein Evaluierungsteam der Innenrevision dokumentiert, wie die OSZE das Leben von Mitgliedern eines vom OSZE-Büro in Eriwan unterstützten Ressourcenzentrums für Frauen in Armenien verbessert hat, November 2011. (OSZE/Judith Lakatos)

Gulschachan Imanaljewa, Richterin für die Region Mangistau (Kasachstan), erläutert ihre Sichtweise auf der von der OSZE und UNECE organisierten Regionalkonferenz über die Durchführung der Aarhus-Konvention in Almaty (Kasachstan), 22. Mai 2012. (OSZE/Aiman Smagulowa)



Umweltsünder vor Gericht!

von Ursula Fröse

In letzter Zeit fiel den Bewohnern eines Dorfes in einem Land X der eigentümliche Geschmack ihres Brunnenwassers und eine Häufung von Atemproblemen bei ihren Kindern auf. Ein nahegelegener ehemaliger Militärstandort dient als Deponie für die Asche aus einem Kraftwerk. Man befürchtet, es könnte ein Zusammenhang bestehen. Doch als man versucht, der Sache nachzugehen, landet man in einem bürokratischen Irrgarten. Die für den Standort zuständige Verwaltungsstelle sieht keine Informationspflicht ihrerseits. Die örtlichen Umwelt- und Gesundheitsbehörden behaupten, eine Risikobewertung vorgenommen zu haben, verweigern aber die Einsichtnahme mit der Begründung, die Studie enthalte Betriebsgeheimnisse des Kraftwerks.

Ein Szenario dieser Art hatten die Juristen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) im Sinn, als sie die Aarhus-Konvention für Umweltrechte ausarbeiteten, deren Umsetzung die OSZE mit einem ausgedehnten Netz von Aarhus-Zentren unterstützt. Artikel 9 der Konvention stellt sicher, dass jede Person das Recht auf ein Überprüfungsverfahren vor einem Gericht hat, wenn ihr Antrag auf Informationen oder die Beteiligung an Entscheidungsverfahren in Umweltangelegenheiten abgelehnt wurde oder wenn sie gegen Verletzungen des Umweltrechtes durch Privatpersonen oder öffentliche Stellen gerichtlich vorgehen will.

Auch wenn die Bestimmungen der Aarhus-Konvention über den Zugang zu Gerichten – häufig als „dritter Pfeiler“ der Konvention bezeichnet – unbestritten eine wesentliche Verbesserung der Umweltdemokratie bewirkt haben,

besteht weiter Handlungsbedarf, sowohl vor den Gerichten als außerhalb des Gerichtssaals.

„In einigen Ländern muss man zuerst den Verwaltungsweg beschreiten, und wenn man danach eine Klage einbringen will, kann es zu spät sein,“ erläutert Jan Darpo, der Leiter des Sonderarbeitsstabes der Aarhus-Konvention der UNECE, der eigens für den Zugang zu Gerichten eingerichtet wurde. „Und wenn man vor Gericht Recht bekommt, so heißt das noch lange nicht, dass man sich auch vor Ort durchsetzen kann. Es kann durchaus passieren, dass man vor Gericht geht, dessen Entscheidungen dann aber entweder gar nicht oder nur mittels zeitaufwendiger Verfahren umgesetzt werden. Und natürlich kommt noch das Kostenproblem dazu: Gerichtsgebühren, Rechtsanwalts honorare, Kosten der Zeugen, die Hinterlegung von Sicherheiten – eine Vielzahl verschiedenster Kosten. Die Konvention schreibt vor, dass die Verfahren nicht „übermäßig teuer“ sein dürfen, aber was darunter genau zu verstehen ist – darüber lässt sich trefflich streiten, was auch geschieht,“ erklärt er.

Die Parteien des Übereinkommens gestanden erst kürzlich ein, dass die Durchsetzung des dritten Pfeilers zu wünschen übrig lässt. Um hier Abhilfe zu schaffen, beschlossen das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE und die UNECE, am 22. und 23. Mai 2012 eine regionale Tagung in Almaty (Kasachstan) abzuhalten. Gastgeber war das OSZE-Zentrum in Astana, die Teilnehmer kamen aus den fünf OSZE-Teilnehmerstaaten in Zentralasien und aus der Mongolei, die kürzlich ihr Interesse an einem Beitritt zum

Übereinkommen bekundet hatte.

Mit der Tagung betrat man insofern Neuland, als sie auf unterschiedliche Zielgruppen sowohl innerhalb als außerhalb der Richterschaft abgestimmt war. Unter den Teilnehmern waren erfahrene Richter und Vertreter juristischer Ausbildungseinrichtungen, aber auch Vertreter der Aarhus-Zentren, von NGOs sowie Regierungsbeamte. Es wurden Fallszenarien durchgespielt, die anhand von Unterlagen des *Compliance Committee* des Übereinkommens erstellt wurden; dieses Gremium ist selbst eine Neuerung und kann von Einzelpersonen oder Gruppen direkt angerufen werden, wenn ein Vertragsstaat aus ihrer Sicht gegen die Konvention verstößt. In jedem Fallbeispiel wurde die Frage gestellt: „Wie hätten Aarhus-Zentren dazu beitragen können, dass die Beschwerdeführer zu ihrem Recht kommen?“

„Die Voraussetzungen für eine Diskussion sind deutlich besser, wenn unterschiedliche Akteure an einem Tisch sitzen, und die Aarhus-Zentren sind meist recht gut informiert“, stellt Darpo fest. „Mit dieser Methode, konkrete Szenarien zur Diskussion zu stellen, kann man professionelle und kulturelle Gegensätze ausgleichen. Natürlich wird sich ein Richter niemals so unverblümt äußern wie eine NGO, aber der Meinungsaustausch kann durchaus ergiebig sein.“

Einer der zusätzlichen Vorteile der Aarhus-Zentren ist neben der Information der Bürger und deren juristischer Beratung in Bezug

auf die Anrufung eines Gerichts ihre internationale Vernetzung und die Weitergabe von Informationen über den Ausgang von Prozessen und ihrer Erfahrungen an andere Länder.

„Die Auseinandersetzung mit umweltbedingten Sicherheitsheerausforderungen bedarf der Zusammenarbeit – sowohl innerhalb von Staaten als auch zwischen ihnen und ganz unterschiedlichen Akteuren, darunter auch die Zivilgesellschaft, und dafür sind die Aarhus-Konvention und die Aarhus-Zentren ein ausgezeichnetes Instrument“, meint Goran Svilanović, der Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE. „Die Aarhus-Zentren bieten eine hervorragende Plattform zur Förderung des Umwelt-Dialogs zwischen Behörden und Nichtregierungsorganisationen“, fügt Jeanette Klötzer, die Stellvertretende Leiterin des OSZE-Zentrums in Astana, hinzu.

Im Anschluss an die Tagung berieten die Vertreter der zentralasiatischen Aarhus-Zentren noch einen Tag lang über Möglichkeiten zur Verstärkung ihres Netzwerks. Die OSZE unterstützt 38 Aarhus-Zentren in elf Ländern, die praktische Beratung zu allen Aspekten der Umsetzung der Aarhus-Konvention anbieten. Sie sind Teil der Arbeitsprogramme der Umwelt- und Sicherheitsinitiative ENVSEC in Zentralasien, im Südkaukasus sowie in Ost- und Südosteuropa.

Ursula Froese ist leitende Redakteurin des OSZE-Magazins.

OSCE Neubestellungen



OSZE/GOR SCHIMBATOR

Jennifer Leigh Brush aus den Vereinigten Staaten übernahm am 11. April 2012 die Leitung der OSZE-Mission in Moldau. Vor der OSZE war die Berufsdiplomatin in Washington als Direktorin im Außenministerium für Südmitteleuropäische Angelegenheiten. Sie war stellvertretende Missionsleiterin an den US-Botschaften in Belgrad (Serbien), Aschgabat (Turkmenistan) und in Majuro (Republik Marschallinseln). Für Ihre Verdienste um die Förderung von Demokratie und Konfliktlösung wurde sie mehrfach mit Superior und Meritorious Honor Awards ausgezeichnet. Darüber hinaus war sie in der Mission der Vereinigten Staaten bei internationalen Organisationen in Wien und bei den US-Botschaften in Sarajewo, Ankara, Warschau und Belgrad tätig. Sie stammt aus Solon (Ohio) und hat einen Master in Public Policy von der Woodrow Wilson School der Universität Princeton.



OSZE/IONATHAN PERFECT

Marcel Peško aus der Slowakei trat sein Amt als Direktor des Büros des Generalsekretärs am 1. Mai 2012 an. Ehe er zum OSZE-Sekretariat stieß, war Botschafter Peško Leiter der Ständigen Vertretung der Slowakei bei den internationalen Organisationen in Wien. Im Zuge seiner diplomatischen Laufbahn hatte er verschiedene leitende Funktionen im slowakischen Außenministerium inne, wo er unter anderem Generalsekretär des Ministeriums, Direktor der Hauptabteilung Vereinte Nationen und Leiter der Dienststelle für die Koordinierung mit dem UN-Sicherheitsrat war. Eine seiner ersten Verwendungen war in der Ständigen Mission der Slowakei bei der KSZE/OSZE; später leitete er die slowakische Botschaft in Dublin. Von 2003 bis 2005 war er als leitender Referent im Büro des Generalsekretärs der OSZE tätig.



OSZE/JONATHAN PERFECT

Alexei Lyschenkow kommt aus der Russischen Föderation und ist seit 23. April 2012 Direktor der Abteilung Transnationale Bedrohungen. Vor seiner Tätigkeit für die OSZE war er Stellvertretender Ständiger Vertreter der Russischen Föderation bei den Vereinten Nationen in Wien mit Zuständigkeit für die Aktivitäten der Mission im Bereich grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, Korruption, illegaler Suchtstoffhandel, Terrorismusbekämpfung, Cybercrime, Menschenhandel und andere damit zusammenhängende grenzüberschreitende Bedrohungen. Von 2004 bis 2007 hatte er im russischen Außenministerium den Posten des stellvertretenden Direktors der Hauptabteilung Neue Herausforderungen und Bedrohungen inne, wo er die Aktivitäten der Hauptabteilung in Bezug auf die Beteiligung Russlands an der internationalen Zusammenarbeit gegen den Terrorismus und andere grenzüberschreitende Bedrohungen koordinierte.



OSZE/JONATHAN PERFECT

Der Deutsche **Jens Behrendt** übernahm am 27. Februar 2012 die Leitung der Personaleinstellung in der Hauptabteilung Personalressourcen. Die letzten acht Jahre arbeitete er als Leiter für Human Resources und Stellvertretender Direktor am Berliner Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF). Von 1994 bis 2003 war er beim Freiwilligenprogramm und beim Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen in Genf, Bonn und Djakarta tätig und verlagerte seinen Schwerpunkt schrittweise vom Projektmanagement zur Personalgewinnung und Mitarbeiterunterstützung. Ferner lebte er zwei Jahre in Ghana als Berater für die Entwicklung von Kleinunternehmen. In den letzten Jahren unterrichtete er an Universitäten in Berlin und Pisa Internationale Beziehungen und Human Resources Management.



OSZE/JONATHAN PERFECT

Thomas Wuchte aus den Vereinigten Staaten übernahm im März 2012 die Leitung des Referates Terrorismusbekämpfungsfragen in der Abteilung transnationale Bedrohungen des OSZE-Sekretariats. Zuvor war er Sonderkoordinator der Vereinigten Staaten für die Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UNSCR 1540), die zur Terrorismusbekämpfungsstrategie der Vereinten Nationen gehört und die Rechtstaatlichkeit, sichere Grenzen und normative Maßnahmen gegen Terroristen in enger Zusammenarbeit mit Polizei und Zoll verstärken soll. Wuchte ist Absolvent der US-Militärakademie Westpoint und hat einen postgradualen Abschluss in Internationalen Beziehungen und Russisch von der Universität Illinois. Erst kürzlich erhielt er für seine Verdienst um die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern von Außenministerin Clinton die Auszeichnung des Außenministeriums „for Excellence in International Security Affairs“.



OSZE/DAVID CHALLENGER

Claus Neukirch aus Deutschland trat sein Amt als Stellvertretender Direktor der Abteilung Einsatzdienste des Konfliktverhütungszentrums am 15. März 2012 an. In sein neues Amt bringt er umfassende OSZE-Erfahrungen von seinen früheren Funktionen in der OSZE-Mission in Moldau mit: von 2008 bis 2011 als Stellvertretender Missionsleiter, von 2003 bis 2008 als Missionssprecher und von 1996 bis 1997 als Referent für die Menschliche Dimension. Von 1999 bis 2003 forschte er am Centre for OSZE-Research CORE an der Universität Hamburg, wo er auch sein Doktorat in Internationalen Beziehungen und einen Master in Politikwissenschaft und Öffentlichem Recht machte.

osce.org/publications
e-mail: oscemagazine@osce.org

OSCE Organization for Security and
Co-operation in Europe